

BEGRÜNDUNG

Stand: 29.01.2025
Satzungsbeschluss
gemäß § 10 Abs. 1 BauGB

Verfasserin des Planentwurfs:

Stadt Duisburg

Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement
Abteilung Stadtplanung
Friedrich-Albert-Lange-Platz 7
47051 Duisburg

Quelle Abbildung Titelblatt:

© Geobasisdaten Stadt Duisburg, Amt für Bodenordnung, Geomanagement und Kataster

ZUSAMMENGEHÖRIGKEITSBESCHEINIGUNG

Diese Begründung gehört zum

Bebauungsplan Nr. 1285 -Hochheide- „Stadtpark Hochheide“

Die Verfahrensvermerke auf dem Plan gelten auch für diese Begründung.

Die Übernahme der Absichtsbegründung als Entscheidungsbegründung im Sinne des § 9 Abs. 8 Baugesetzbuch wurde am 04.04.2025 vom Rat der Stadt beschlossen.

Duisburg, den 23.04.2025

Der Oberbürgermeister

Im Auftrag



TRAPPMANN

(Leitender städtischer Baudirektor)

Inhaltsverzeichnis

1	Anlass der Planung	7
1.1	Anlass und Ziele der Planung.....	7
1.2	Erfordernis zur Aufstellung eines Bebauungsplanes	7
1.3	Wesentliche Auswirkungen der Planung	7
2	Situationsbeschreibung	8
2.1	Lage und Größe des Plangebietes.....	8
2.2	Gebietsbeschreibung und stadträumliche Einbindung	8
2.2.1	Städtebauliche Struktur	8
2.2.2	Verkehrliche, technische und soziale Infrastruktur	8
2.2.3	Grün- und Freiraumsituation	9
3	Vorgaben und Bindungen	9
3.1	Regionalplan Ruhr	9
3.2	Flächennutzungsplan	10
3.3	Bebauungsplan Nr. 23.....	10
3.4	Bebauungsplan Nr. 1223 (Aufgehobener Aufstellungsbeschluss).....	11
3.5	Fachplanungen und Konzepte.....	11
3.5.1	Stadtumbaugebiet.....	11
3.5.2	Integriertes Handlungskonzept Hochhausquartier Hochheide (IHK 2013).....	11
3.5.3	Sanierungsgebiet.....	11
3.5.4	Soziale Stadt.....	12
3.5.5	Teilräumliche Strategiekonzepte (DU2027)	12
3.5.6	Rahmenplan Hochheide	12
3.5.7	Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept Duisburg-Hochheide (ISEK 2022)	13
3.5.8	Grünflächenkonzepte	13
3.5.9	Luftreinhalteplan	14
3.5.10	Klimaanalyse	14
3.5.11	Sozialbericht 2024, Wohnungsmarktgutachten	14
3.5.12	Klimaschutzkonzept	15
3.5.13	Einzelhandels- und Zentrenkonzept	15
3.5.14	Konzept zur Steuerung von Vergnügungsstätten.....	15
3.6	Gebietsbezogene Bindungen.....	15
3.6.1	Hochwasser.....	15
3.6.2	Starkregen.....	16
3.6.3	Sonstige mögliche Bindungen	16
3.7	Gender Mainstreaming	16
4	Grünplanerisch-städtebauliches Konzept	17
4.1	Entwurfsplanung für den Stadtspark.....	17
4.2	Verkehrliche Erschließung	21

4.3 Technische Infrastruktur	21
5 Festsetzungen des Bebauungsplanes.....	22
5.1 Geltungsbereich	22
5.2 Planungsrechtliche Festsetzungen	22
5.2.1 Allgemeines zu den Öffentlichen Grünflächen 1 und 2	22
5.2.2 Öffentliche Grünfläche 1 / Zweckbestimmung Parkanlage für Erholung und Freizeitsport	23
5.2.3 Öffentliche Grünfläche 2 / Zweckbestimmung Parkanlage für Erholung und Begegnung	24
5.2.4 Wald	25
5.3 Nachrichtliche Übernahme	26
6 Umweltbelange	26
6.1 Darstellung der zu erwartenden Umweltauswirkungen	26
6.1.1 Schutzgut Mensch, Gesundheit	26
6.1.2 Schutzgut Tiere	26
6.1.3 Schutzgut Pflanzen	27
6.1.4 Schutzgut Luft, Klima	28
6.1.5 Schutzgut Wasser	29
6.1.6 Schutzgut Boden	29
6.1.7 Schutzgut Fläche	30
6.1.8 Schutzgut Kultur- und Sachgüter, Ortsbild	30
6.1.9 Wechselwirkungen zwischen den Umweltbelangen	30
6.2 Bewertung der zu erwartenden Auswirkungen	31
7 Auswirkungen der Planung auf Gebiete außerhalb des Geltungsbereiches	31
7.1 Allgemeines	31
7.2 Auswirkungen durch Verkehr	31
7.3 Auswirkungen durch Schallimissionen	35
8 Hinweise	37
9 Bodenordnende Maßnahmen	40
10 Flächenbilanz	40
11 Kosten	40
12 Gutachten und Untersuchungen	40
13 Darstellung des Bauleitplanverfahrens	40

1 Anlass der Planung

1.1 Anlass und Ziele der Planung

Seit vielen Jahren verfolgt die Stadt Duisburg das Ziel, städtebauliche und soziale Missstände im Quartier Hochheide zu beheben. Das in den 1970er Jahren entstandene und damals gut angenommene Wohnviertel ist in der Folge zu einem durch mangelnde Instandhaltung und schwierige Lebensverhältnisse gekennzeichneten Gebiet geworden.

Insbesondere die fehlende Mitwirkung privater Eigentümer ließ Verbesserungsansätze, etwa durch Umbau der bestehenden Baustruktur, scheitern. Die Stadt Duisburg sah sich deswegen dazu veranlasst, mit Instrumenten des Städtebaurechts in den Besitz der problematischsten Immobilien zu gelangen und diese, flankiert durch eine Nachfolgeplanung, abzureißen.

Im Jahr 2019 wurde das Hochhaus Friedrich-Ebert-Straße 10-16, im Jahr 2021 das Hochhaus Ottostraße 24-30 gesprengt. Das Gebäude Ottostraße 54-56 folgt im Jahr 2025.

Anlass der vorliegenden Planung ist die absehbare Entstehung einer rund fünf Hektar großen, zusammenhängenden Fläche, auf der eine nachfolgende Nutzung umgesetzt werden kann. Entsprechend der Sanierungssatzung vom 02.03.2015 ist die Schaffung eines hochwertigen Grünraums, der durch ein Landschaftsplanungsbüro in einer Entwurfsplanung konkretisiert wird, als Ziel für den Bebauungsplan definiert.

Die Bezirksvertretung Homberg/Ruhrort/Baerl hat für den künftigen Quartierspark am 20.08.2020 den Namen „Stadtpark Hochheide“ beschlossen. Derselbe Name wird als Bezeichnung für den Bebauungsplan übernommen. Der Stadtpark Hochheide soll zwischen Kirchstraße, Hanielstraße, Ottostraße und Bürgermeister-Bongartz-Platz zu einer grünen Mitte mit Bereichen für Freizeitsport, Gemeinschaftsleben und Erholung werden.

1.2 Erfordernis zur Aufstellung eines Bebauungsplanes

Das Plangebiet ist zurzeit Teil des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 23, welcher Reine Wohngebiete, überbaubare Grundstücksflächen für Hochhäuser, Flächen für Tiefgaragen, öffentliche Erschließungsstraßen und einen öffentlichen Fußweg festsetzt. Die vorgesehene Realisierung öffentlicher Grünflächen bedarf auf diesen Flächen einer neuen planungsrechtlichen Grundlage. Daher ist die Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes erforderlich. Das Verfahren wird gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) als Bebauungsplan der Innenentwicklung durchgeführt. Gemäß § 13a Abs. 1 BauGB ist die städtebauliche, ökologische und soziale Aufwertung des Plangebietes eine „andere Maßnahme der Innenentwicklung“, konkret in Form einer Stadtumbaumaßnahme gemäß § 171a ff BauGB. Der Versiegelungsgrad wird gegenüber bisher deutlich verringert werden. Die versiegelte Fläche wird rund 9.000 Quadratmeter betragen, sodass dieser Wert auch unter dem in § 13a Abs. 1 Nr. 1 BauGB angegebenen Wert von 20.000 Quadratmetern zur Anwendung des Bebauungsplanes der Innenentwicklung liegt.

1.3 Wesentliche Auswirkungen der Planung

Wesentliche Auswirkung der Planung ist, dass im Zentrum des förmlich als Sanierungsgebiet festgelegten Quartiers Hochheide anstatt von Hochhäusern, Tiefgaragen und ungestalteten Abstandsflächen eine öffentlich unterhaltene, ökologisch wertige, gestalterisch anspruchsvolle und vielfältig nutzbare Grünfläche entsteht, die den artikulierten Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht, klimatisch positiv wirkt und eine erhebliche Aufwertung des Plangebietes darstellt.

Die Stadt Duisburg hat mit Beschlüssen städtebaulicher Entwicklungskonzepte die Planungen zur Umwandlung der Wohn- in eine Grünfläche mehrfach bestätigt. Die bereits gesprengten Hochhäuser mit jeweils 320 Wohnungen standen mehrere Jahre leer und damit dem Wohnungsmarkt nicht mehr zur Verfügung. Das Hochhaus Ottostraße 54-56 war zum Zeitpunkt des Erwerbs nur noch zu einem Drittel bewohnt. Ein Großteil der Mietparteien ist mit Hilfe eines Umzugsmanagements im Quartier fündig geworden und hat so den umliegenden Leerstand reduziert.

2 Situationsbeschreibung

2.1 Lage und Größe des Plangebietes

Das Plangebiet liegt zentral im Sanierungsgebiet Hochheide zwischen Kirchstraße, Hanielstraße, Ottostraße und Bürgermeister-Bongartz-Platz. Es umfasst die Grundstücke der abgebrochenen Hochhäuser Friedrich-Ebert-Straße 10-16, Ottostraße 24-30 sowie teilweise des zum Abbruch vorbereiteten Gebäudes Ottostraße 54-56. Ferner umfasst es Teile des öffentlichen Fußweges „Roter Weg“ sowie weitere, unbebaute Grundstücke.

Im Süden grenzen die Läden am Bürgermeister-Bongartz-Platz, das Hochhaus Ottostraße 58-64 und die Gebäudezeile Ottostraße 32-52 an; im Norden die Gebäude Kirchstraße 122-132, die städtische Kita, die Einrichtung der „sankt-josef Kinder-, Jugend- und Familienhilfe gGmbH“ (im Folgenden: sankt-josef) und das Hochhaus Hanielstraße 36-38 („Roter Riese“).

Im Westen liegt die Kirchstraße, im Norden die Hanielstraße und im Südosten die Ottostraße. Die west-östliche Ausdehnung des Plangebietes beträgt etwa 500 m, die nord-südliche zwischen 50 und 200 m.



Abbildung 1: Quartier Hochheide, Sommer 2022, mit Grenze des Geltungsbereiches Nr. 1285
Quelle: Geobasisdaten Stadt Duisburg, Amt für Bodenordnung, Geomanagement und Kataster

2.2 Gebietsbeschreibung und stadträumliche Einbindung

2.2.1 Städtebauliche Struktur

Sobald der Abriss des Gebäudes Ottostraße 24-30 erfolgt ist, befinden sich im Plangebiet keine Gebäude mehr. Angesichts der geplanten Neuordnung sind in den letzten Jahren keine dauerhaften Bepflanzungen oder baulichen Maßnahmen mehr erfolgt. Das Plangebiet liegt jedoch innerhalb städtebaulicher Strukturen, die prägend für die Wahrnehmung sind:

- Im Norden bilden eine Gebäudezeile, die starke Eingrünung an Kita und sankt-josef sowie das Hochhaus „Roter Riese“ räumliche Abgrenzungen; östlich des letzteren liegt eine Rasenfläche
- Im Süden liegen die Ladengebäude am Bürgermeister-Bongartz-Platz und das Hochhaus Ottostraße 58-64. Daran schließen Rasenflächen sowie ein Wäldchen um die Gebäudezeile Ottostraße 32-52 an
- Im Westen bildet die Kirchstraße, im Südosten die Ottostraße die städtebauliche Begrenzung

2.2.2 Verkehrliche, technische und soziale Infrastruktur

Für die Verkehrserschließung können weiter die umgebenden Straßen und Wege dienen. An der Kirchstraße, der Ottostraße und am Bürgermeister-Bongartz-Platz besteht eine direkte Berührung des Plangebietes mit öffentlichen Straßenverkehrsflächen.

Für die Fahrrad- und Fußwegerschließung sind die genannten Straßen ebenso bedeutsam wie für den Kfz-Verkehr, hinzu kommen der öffentliche „Rote Weg“ sowie weitere Fußwege ins Gebiet.

Die technische Erschließung der abgebrochenen Hochhäuser, z.B. Wasser-, Kanal- und Stromanschlüsse, wird zurück gebaut, soweit noch nicht geschehen.

Zur Gebäudezeile Kirchstraße 122-130 führt ein Fernwärmeanschluss. Zwischen Bürgermeister-Bongartz-Platz und Kirchstraße ist ein Kanal vorhanden. Im Plangebiet verbleiben darüber hinaus Strom-, Beleuchtungs- und Telekommunikationsleitungen. Abgesehen von den Beleuchtungsleitungen dienen die Leitungen überwiegend den umgebenden Nutzungen.

Als soziale Einrichtungen liegen unmittelbar nördlich des Plangebietes die städtische Kindertagesstätte Hanielstraße und sankt-josef. Im Radius von wenigen Gehminuten befinden sich die Gemeinschaftsgrundschule Kirchstraße und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe.

2.2.3 Grün- und Freiraumsituation

Durch die Abräumung und Vorbereitung für den Stadtpark Hochheide besteht der Grün- und Freiraum im Plangebiet zurzeit aus Rasenflächen sowie älteren Gehölzgruppen und Bäumen. Der „Rote Weg“ ist eine Allee. Die Hügel an der Kirchstraße und der Ottostraße haben weitgehend selbst ausgesäten Baumbewuchs, außerdem befindet sich an der Ottostraße eine Baumstruktur, die im Laufe des Verfahrens als Wald festgesetzt wurde.

Die ans Plangebiet grenzenden Flächen tragen zur Wahrnehmung der Grün- und Freiraumsituation bei:

- Im Norden die begrünten Grundstücke der städtischen Kita und von sankt-josef, gefolgt von den Rasenflächen am Hochhaus „Roter Riese“
- Im Süden der Bürgermeister-Bongartz-Platz mit altem Baumbestand und das teils offene, teils bewachsene Umfeld der vorhandenen Wohngebäude

3 Vorgaben und Bindungen

3.1 Regionalplan Ruhr

Das Plangebiet ist im Regionalplan Ruhr, der am 28.02.2024 in Kraft getreten ist, als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) dargestellt. Die vorliegende Planung entspricht dieser Darstellung.

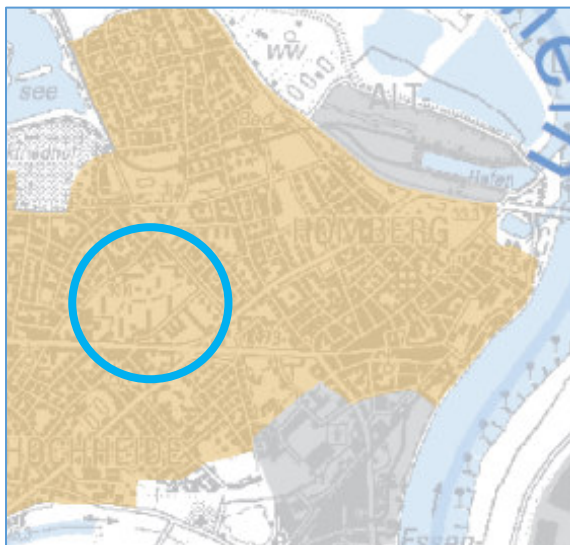


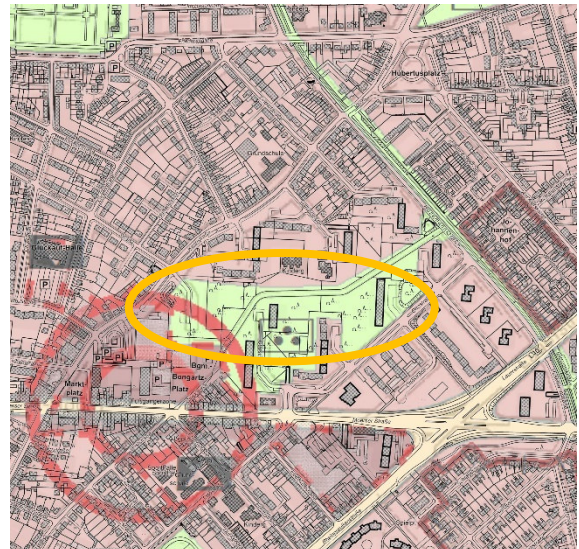
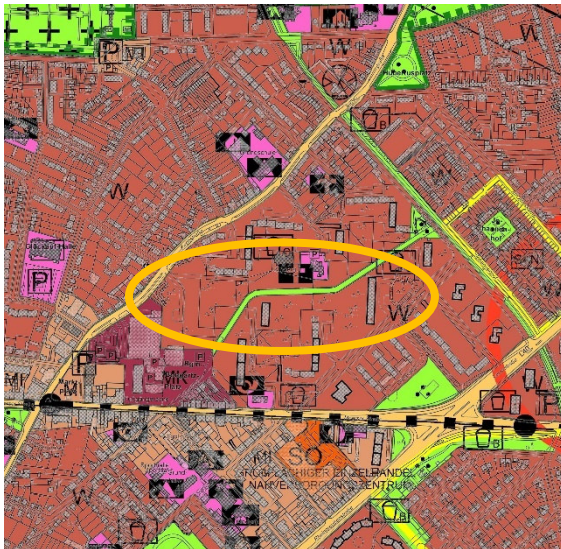
Abbildung 2: Ausschnitt aus dem Regionalplan Ruhr
Quelle: Regionalverband Ruhr

3.2 Flächennutzungsplan

Im wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Duisburg ist das Plangebiet überwiegend als Wohnbaufläche dargestellt, nur der „Rote Weg“ als Grünfläche/Parkanlage (siehe Abbildung 3).

Die Zielsetzungen des Bebauungsplanes widersprechen den Entwicklungszielen des wirksamen Flächennutzungsplanes. Der Flächennutzungsplan wird gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst.

Der Flächennutzungsplan der Stadt Duisburg befindet sich zurzeit in der Neuaufstellung. Im Entwurf ist der Geltungsbereich überwiegend als Grünfläche dargestellt, lediglich Randbereiche im Norden als Wohnbaufläche (siehe Abbildung 4). Die Bebauungsplanung entspricht damit der Darstellung im Flächennutzungsplan-Entwurf.



Abbildungen 3 (links) und 4 (rechts): Ausschnitte aus dem wirksamen Flächennutzungsplan und aus dem Flächennutzungsplan-Entwurf

Quelle: Geobasisdaten Stadt Duisburg, Amt für Bodenordnung, Geomanagement und Kataster

3.3 Bebauungsplan Nr. 23

Das Plangebiet ist zurzeit Teil des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 23, welcher hier Reine Wohngebiete, überbaubare Grundstücksflächen für Hochhäuser bis zu einundzwanzig Stockwerke, Flächen für Tiefgaragen, öffentliche Erschließungsstraßen und einen öffentlichen Fußweg festsetzt. Diese Festsetzungen werden mit Rechtskraft des Bebauungsplanes Nr. 1285 außer Kraft gesetzt.

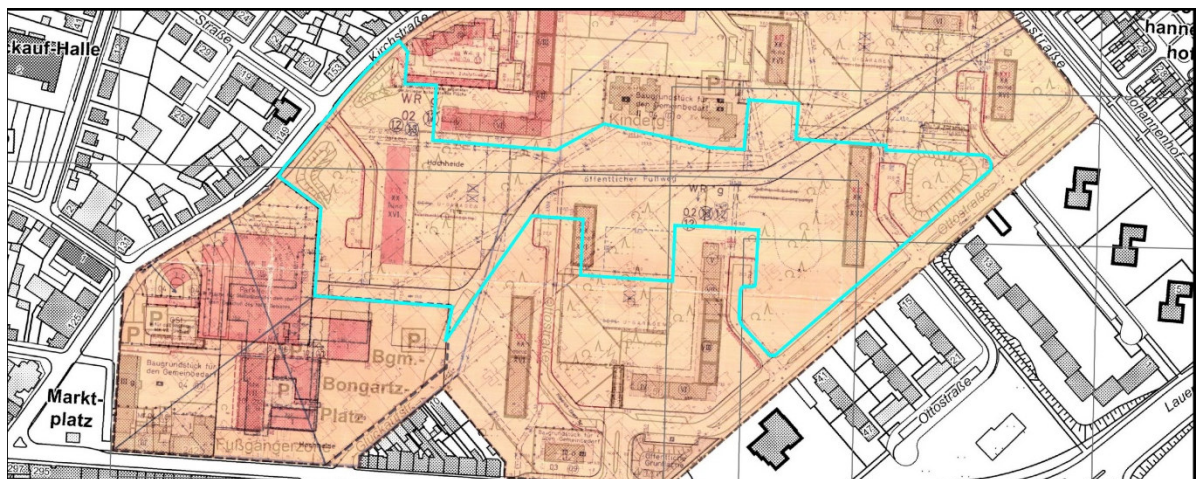


Abbildung 5: Ausschnitt aus dem Bebauungsplan Nr. 23 mit dem Geltungsbereich des B-Plans Nr. 1285

Quelle: Geobasisdaten Stadt Duisburg, Amt für Bodenordnung, Geomanagement und Kataster

3.4 Bebauungsplan Nr. 1223 (Aufgehobener Aufstellungsbeschluss)

Der Rat der Stadt hatte am 27.04.2015 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 1223 -Hochheide- „Stadtpark Hochheide I“ zur Sicherung der Sanierungsziele beschlossen. Der Geltungsbereich umfasste die Grundstücke des inzwischen abgerissenen Hochhauses Ottostraße 24-30. Weitere Verfahrensschritte erfolgten nicht. Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 1223 wurde mit Ratsbeschluss vom 27.11.2023 aufgehoben (Bekanntmachung am 29.02.2024), da dessen Ziele mit dem vorliegenden, flächenmäßig größeren Bebauungsplan Nr. 1285 umgesetzt werden.

3.5 Fachplanungen und Konzepte

3.5.1 Stadtumbaugebiet

In den 1990er Jahren nahmen im Hochhausquartier Hochheide und seiner Umgebung städtebauliche, wohnungswirtschaftliche und soziale Spannungen zu. Zur Verbesserung der Situation wurden seitens der Stadt Duisburg Instrumente des Städtebaurechts geprüft. Nach Abschluss einer wohnungswirtschaftlichen Untersuchung wurde das Hochhausquartier Hochheide am 18.09.2006 als Stadtumbaugebiet gemäß § 171b Abs. 1 BauGB festgelegt. Diese Festlegung stellte die formale Voraussetzung für den Einsatz von Fördermitteln im Rahmen des Programms „Stadtumbau-West“ dar. Gebietsgrenzen wurden Moerser Straße, Kirchstraße, Husemannstraße und Lauerstraße.

Seinerzeit wurden auch Möglichkeiten des Teilabbruchs und Umbaus (z.B. Rücknahme von Geschossen) erwogen. Die Umsetzung hätte aber ein städtebauliches Gesamtkonzept unter Beteiligung der privaten Eigentümer erfordert. Dies hat sich trotz intensiver Aktivitäten der Stadt Duisburg als nicht durchführbar erwiesen.

3.5.2 Integriertes Handlungskonzept Hochhausquartier Hochheide (IHK 2013)

In den Jahren 2012 bis 2013 wurden im Integrierten Handlungskonzept die Entwicklung der Gebäude und ihres Umfeldes, des Wohnungsangebotes, der Einwohnerzahl und der Sozialstruktur untersucht. Hinsichtlich aller untersuchten Kriterien waren eine Verschlechterung und zunehmende Beeinträchtigung auch der Umgebung festzustellen.

Eine positive Entwicklung wurde nur angenommen, wenn die Hochhäuser mit besonders negativer Ausstrahlung beseitigt und stattdessen eine Freifläche mit Aufenthaltsqualitäten angelegt würden. Diese Zielsetzungen bildeten die Grundlage für die anschließenden Planungen als Quartierspark.

Die Prüfung von Rechtsinstrumenten zur Umsetzung der Wohnungsabbrüche ergab als zweckmäßig die Durchführung eines förmlichen Sanierungsverfahrens gemäß § 136 ff BauGB. Der Rat der Stadt hat am 08.07.2013 den Zielen des Integrierten Handlungskonzeptes und dem empfohlenen Sanierungsverfahren zugestimmt.

3.5.3 Sanierungsgebiet

Ebenfalls am 08.07.2013 hat der Rat der Stadt den Beschluss für die Vorbereitenden Untersuchungen zur Prüfung eines förmlichen Sanierungsverfahrens gefasst. Die Vorbereitenden Untersuchungen wurden im Dezember 2014 abgeschlossen.

Darin wurden städtebauliche Substanz- und Funktionsmängel sowie die fehlende Nachfrage nach dem Segment Hochhaus bestätigt. Hinsichtlich der Sozialstruktur wurden Probleme durch Segregation, Abhängigkeit von Transferleistungen und eingeschränkte Teilhabe festgestellt.

Als Ziele der Sanierung erklärten die Vorbereitenden Untersuchungen unter anderem den Rückbau nicht nachgefragten Wohnraums, die Aufwertung des Ortsbildes und die Stabilisierung der Mieterstruktur. Der Abbruch der Hochhäuser und die Nachnutzung als Grünfläche solle phasenweise erfolgen.

Die Vorbereitenden Untersuchungen kamen zum Ergebnis, dass das vollständige Sanierungsverfahren gemäß §§ 152 ff BauGB anzuwenden sei. Am 02.03.2015 hat der Rat der Stadt die Satzung über die Festlegung des Sanierungsgebietes beschlossen.

3.5.4 Soziale Stadt

Am 02.03.2015 wurde vom Rat der Stadt ein Gebiet, das im Wesentlichen dem Umgriff der Vorbereitenden Untersuchungen entspricht, als Gebiet für Maßnahmen der Sozialen Stadt gemäß § 171e BauGB festgelegt. Die Festlegung des Programmgebietes war Voraussetzung für die weitere Bewilligung von Mitteln der Städtebauförderung.

3.5.5 Teilräumliche Strategiekonzepte (DU2027)

Im Rahmen der Neuaufstellung des gesamtstädtischen Flächennutzungsplanes wurden themenbezogene und räumliche Strategiekonzepte erstellt. Am 21.09.2015 hat der Rat der Stadt die Teilräumlichen Strategiekonzepte (TSK) beschlossen. Die Ziele der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme in Hochheide sind in diese Planungen eingeflossen. In der Integrierten Karte für den Teilraum West ist der Bereich, der der Kulisse des Stadtumbaugebietes entspricht, als „Umstrukturierungs- und Rückbaubereich“ sowie als „Stabilisierungsbereich“ dargestellt. Im Verlauf des „Roten Weges“ ist eine „Neue Grünverbindung“ dargestellt.

Die vorliegende Planung entspricht den Darstellungen der Teilräumlichen Strategiekonzepte: Der Stadtpark Hochheide hat den Rückbau und die Umstrukturierung zur Voraussetzung und trägt zur Stabilisierung des Quartiers bei. Die Fläche des Stadtparks beinhaltet eine neue Grünverbindung und gibt dieser Gestalt.

3.5.6 Rahmenplan Hochheide

Nach mehrjährigen Vorarbeiten konnte die Stadt Duisburg unter Anwendung des Sanierungsrechts die drei Hochhäuser Friedrich-Ebert-Straße 10-16, Ottostraße 24-30 und Ottostraße 54-56 erwerben. Sprengungen erfolgten in den Jahren 2019 und 2021, die dritte (Ottostraße 54-56) ist für 2025 vorgesehen.

Damit sind absehbar die problematischsten Immobilien im Hochhausquartier beseitigt und es liegen die Voraussetzungen für die Realisierung des Stadtparks Hochheide vor, welche in den vorangegangenen Untersuchungen als entscheidend für einen gelingenden Konsolidierungsprozess bezeichnet wurde.

Der Rahmenplan Duisburg-Homburg-Hochheide (im Folgenden: Rahmenplan) dient den anschließenden Planungsschritten als Leitlinie. Darin werden die geschaffenen Freiflächen mit den bestehenden Wohngebieten, Läden, öffentlichen Gebäuden und angrenzenden Straßen zu einem konsistenten städtebaulichen Entwurf verbunden.

Innerhalb der Zielsetzung, ein eigenständiges, urbanes Stadtquartier zu schaffen, hat der Quartierspark eine Schlüsselfunktion. Unter Berücksichtigung der ausführlichen Beteiligungen, vorhandener Eigenschaften und der zeitlichen Abfolge der Gebäudeabrisse setzt der Rahmenplan für den Quartierspark drei Bauabschnitte mit den räumlichen Schwerpunkten Sport, Erholung und Gemeinschaft fest:

- Der erste Bauabschnitt und westliche Teil des Parks liegt nahe dem Bürgermeister-Bongartz-Platz und umfasst Bereiche für die ungezwungene sportliche Betätigung, an denen es im Quartier mangelt
- Der zweite Bauabschnitt und östliche Teil grenzt an ruhige Wohnbereiche und ist daher für die ruhige Erholung unter Einbezug von Wasserflächen vorgesehen
- Der dritte, räumlich zentral gelegene Bauabschnitt vermittelt zwischen den anderen beiden und ist darüber hinaus der Kita benachbart, weswegen hier Flächen und Angebote für gemeinschaftliches Agieren angesiedelt sind

Allgemein wird die Parkgestaltung Artenvielfalt und ökologische Wechselbeziehungen, die Verbesserung des Mikroklimas, Sicherheitsaspekte, Barrierefreiheit und den Umgang mit Starkregenereignissen berücksichtigt.

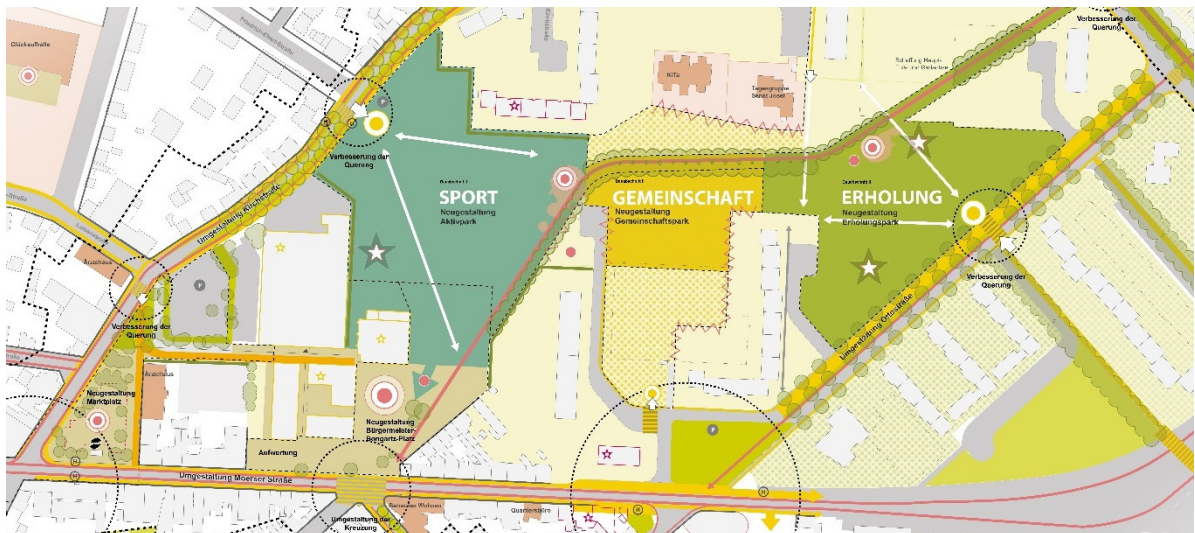


Abbildung 6: Ausschnitt aus dem Rahmenplan

Quelle: KRAFT.RAUM. Landschaftsarchitektur und Stadtentwicklung, Düsseldorf

3.5.7 Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept Duisburg-Hochheide (ISEK 2022)

Das Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept Duisburg-Hochheide stellt eine Weiterentwicklung des Integrierten Handlungskonzeptes aus dem Jahr 2013 dar (siehe Kapitel 3.5.2) und knüpft an die Ergebnisse des bisherigen Erneuerungsprozesses an. Lag der Schwerpunkt der Entwicklung bis dahin auf dem Rückbau der problematischen Gebäude sowie der Vorbereitung der Nachnutzung, setzt das aktuelle ISEK Akzente bei der sozialen Stärkung und der Verknüpfung des Hochhausquartiers mit dem übrigen Ortsteil. Das Leitbild des ISEK lautet „Zusammen leben – Zusammen wachsen, Vom Abbruch zum Aufbruch“. Entwicklungsziele sind u.a. die Schaffung eines lebendigen und grünen Zentrums, die Förderung des sozialen Zusammenhalts, die Entwicklung von attraktiven öffentlichen Räumen sowie Klimaschutz und Klimaresilienz.

3.5.8 Grünflächenkonzepte

Im Biotopverbundkonzept der Stadt Duisburg – Duisburg-West – vom 10.12.2008 (Karten 4600 Hochheide und 4802 Homberg) ist das Plangebiet als besiedelter Bereich mit Großformbebauung und Hochhäusern sowie mit Nachverdichtungsausschluss dargestellt. Der „Rote Weg“ ist teils als Weg/Straße, teils als Allee dargestellt. Entlang der Ottostraße sind Teilbereiche als Siedlungsgehölze (Kleingehölze unter einem Hektar Größe) dargestellt. Die Planung des Stadtparks Hochheide entspricht diesen Darstellungen bzw. geht darüber hinaus, da die Bebauung mit Hochhäusern reduziert wird.

Das Plangebiet befindet sich nicht im Geltungsbereich des Landschaftsplanes der Stadt Duisburg.

Das Grünordnungs- und Freiraumentwicklungskonzept stellt im Verlauf des „Roten Weges“ eine zu entwickelnde Grünverbindung und eine Grünfläche dar. Die östlich benachbarte Husemannstraße ist als bestehende Grünverbindung und als zu gestaltender Siedlungsrand dargestellt. Die Planung des Stadtparks Hochheide entspricht diesen Darstellungen.



Abbildung 7: Ausschnitt aus dem Grünordnungs- und Freiraumentwicklungskonzept

Quelle: Stadt Duisburg, Umweltamt

Im Alleenkataster beim Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV NRW) ist ein Teilbereich der Ottostraße, außerhalb des Bebauungsplangebietes, als Allee (AL-DU-0267) eingetragen. Auch innerhalb des Geltungsbereiches befindet sich entlang des „Roten Weges“ eine Allee, auf die im Bebauungsplan hingewiesen wird. Der Schutz einer Allee ergibt sich aus § 41 des Landesnaturschutzgesetzes NRW. In § 41 Abs. 4 LNatSchG NRW ist auch vorgegeben, dass das LANUV NRW ein landesweites Kataster der gesetzlich geschützten Alleen führt. Unabhängig von der Aufnahme in das Alleenkataster ist jedoch jede Allee in NRW geschützt (§ 41 Abs. 4 Satz 3 LNatSchG).

3.5.9 Luftreinhalteplan

Das Plangebiet liegt innerhalb des im Luftreinhalteplan Ruhrgebiet 2011-Teilplan West in der Fassung vom 15.06.2015 ausgewiesenen Prüfgebiets für Umweltzonen. Der Luftreinhalteplan benennt mit der regionalen Maßnahme R.15 Ansätze für die Bauleitplanung. Konkret ist vorliegend die Vermeidung von baulichen Strukturen mit unzureichenden Durchlüftungsbedingungen von Belang, wobei die Planung unter anderem dieses Ziel unterstützt.

Hinsichtlich der regionalen Maßnahme R.7: „Verdichtung des beschilderten Radverkehrsnetzes NRW/Neubau, Ausbau und Instandhaltung von Radwegen und Bahntrassenradwegen“ wäre die Führung von Fuß- und Radwegen im Stadtpark Hochheide zu nennen.

3.5.10 Klimaanalyse

Der Regionalverband Ruhr hat im Auftrag der Stadt Duisburg eine Klimaanalyse erstellt und im August 2022 vorgelegt. Damit wurde die vorangegangene Analyse aus dem Jahr 2010 ergänzt und aktualisiert. Die Klimaanalyse stellt Kenntnisse der lokalen klimatischen Verhältnisse für die Anwendung in der Bauleitplanung zur Verfügung. Die aktuelle Untersuchung umfasst sowohl eine Analyse und Bewertung der klimatischen Situation als auch die Bereitstellung von Planungshinweisen. Im Fokus der Arbeit stehen die Aussagen der Klimaanalysekarte und der Planungshinweiskarte (siehe hierzu Kapitel 6.1.4).

3.5.11 Sozialbericht 2024, Wohnungsmarktgutachten

Durch die Planung des Stadtparks Hochheide ist keine direkte Betroffenheit für den Wohnungsmarkt gegeben. Die umfassende Begrünung und die Entsiegelung können jedoch als flankierende Maßnahmen im Sinne des im Dezember 2024 beschlossenen Sozialberichts begriffen werden. Es wird insbesondere dem Leitziel „Wohnen in Duisburg ist gesund und sozial gerecht“ Rechnung getragen. Die entstehenden Effekte wie Hitzereduktion, Durchlüftung und Verschattung tragen zur Verringerung der gesundheitlichen Belastung bei und erhöhen zugleich die Lebens- und Aufenthaltsqualität. Der Stadtpark Hochheide entspricht darüber hinaus der nachhaltigen Siedlungsentwicklung und altersgerechten Quartiersentwicklung, wie sie im Wohnungsmarktgutachten über den quantitativen und qualitativen Wohnungsneubaubedarf in Nordrhein-Westfalen bis 2040 gefordert werden.

3.5.12 Klimaschutzkonzept

Die Stadt Duisburg hat in Zusammenarbeit mit der Universität Duisburg-Essen ein Klimaschutzkonzept erarbeitet. Dieses gilt seit dem Ratsbeschluss im Jahr 2017 als Planungshilfe für die Klimaschutzaktivitäten in Duisburg und soll eine grundlegende Informationsbasis, neue Ansatzpunkte sowie Perspektiven in der konkreten Handlungsorientierung für den Klimaschutz und die nachhaltige Stadtentwicklung bieten. Dabei orientiert es sich an den nationalen und internationalen Klimaschutzzielen. Zugunsten dieser Ziele will die Stadt Duisburg einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten. Für die Umsetzung sieht das Klimaschutzkonzept insgesamt sieben Handlungsfelder vor.

Von Bedeutung für das Planvorhaben sind die Handlungsfelder „Verkehr“ sowie „Klimagerechte Stadtentwicklung“:

- In Bezug auf das Handlungsfeld „Verkehr“ wäre die Führung von Fuß- und Radwegen im Stadtpark Hochheide zu nennen
- In Bezug auf das Handlungsfeld „Klimagerechte Stadtentwicklung“ kann geprüft werden, inwieweit der Stadtpark Hochheide geeignet ist, die Bewertung von Ökosystemleistungen in der Stadtentwicklung zu untersuchen

3.5.13 Einzelhandels- und Zentrenkonzept

Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Duisburg ist am 01.07.2019 vom Rat der Stadt beschlossen worden. Als städtebauliches Entwicklungskonzept gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB bildet es eine entwicklungsplanerische Grundlage für die städtische Bauleitplanung. Eine Betroffenheit für den vorliegenden Bebauungsplan ist nicht gegeben. Die Aufwertung des Geltungsbereiches kann indirekt positive Auswirkungen auf das benachbarte Nahversorgungszentrum Hochheide haben.

3.5.14 Konzept zur Steuerung von Vergnügungsstätten

Angesichts eines zunehmenden Ansiedlungsdrucks von Vergnügungsstätten, der Tendenz zu größeren Einheiten und sich ändernden Standortpräferenzen erhielt die planungsrechtliche Steuerung von Vergnügungsstätten vor einigen Jahren eine wachsende Bedeutung zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung. Der Rat der Stadt Duisburg hat am 11.07.2011 das Vergnügungsstättenkonzept als städtebauliches Entwicklungskonzept beschlossen.

Eine Betroffenheit für den vorliegenden Bebauungsplan ist nicht gegeben.

3.6 Gebietsbezogene Bindungen

3.6.1 Hochwasser

Mit der Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz ist der Bundesraumordnungsplan Hochwasser (BRPH) am 01.09.2021 in Kraft getreten. Damit wurde neben den übergeordneten Zielen und Grundsätzen des Landesentwicklungsplans NRW und der Regionalplanung eine zusätzliche raumordnungsrechtliche Ebene eingeführt. In der Bauleitplanung sind die Ziele des BRPH zu beachten sowie die Grundsätze zu berücksichtigen.

Im Besonderen sind die Risiken von Hochwassern, einschließlich der möglicherweise betroffenen empfindlichen und schutzwürdigen Nutzungen (Ziel I.1.1 BRPH) sowie die Auswirkungen des Klimawandels im Hinblick auf Hochwasserereignisse durch oberirdische Gewässer oder Starkregen (Ziel I.2.1 BRPH) vorausschauend zu prüfen. Hochwasserminimierende Aspekte sollen berücksichtigt und auf eine weitere Verringerung von Schadenspotenzialen hingewirkt werden (Grundsatz II.1.1 BRPH). Das natürliche Wasserversickerungs- und Wasserrückhaltevermögen des Bodens ist, soweit es hochwassermindernd wirkt, zu erhalten (Ziel II.1.3 BRPH).

Zu berücksichtigen sind hierbei die bei öffentlichen Stellen verfügbaren Daten, insbesondere Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten, Hochwasserrisikomanagementpläne, Starkregenhinweiskarten sowie die Karte der schutzwürdigen Böden in NRW.

Die Hochwassergefahren- und -risikokarten (siehe Abbildung 8) zeigen, dass das Plangebiet, bis auf zwei nachrichtlich übernommene Teilbereiche, nicht von Hochwassergefahren oder -risiken, selbst bei

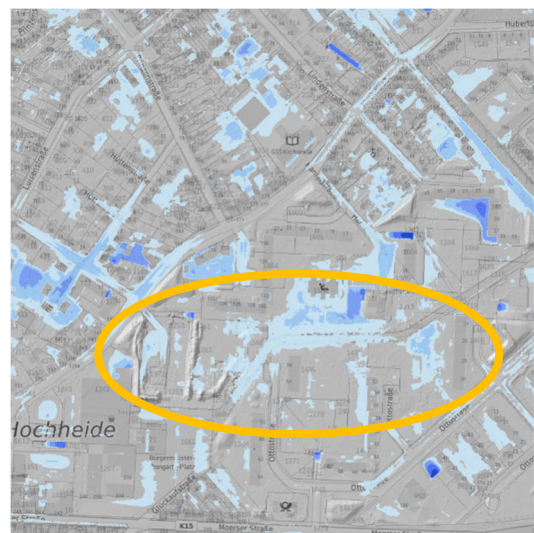
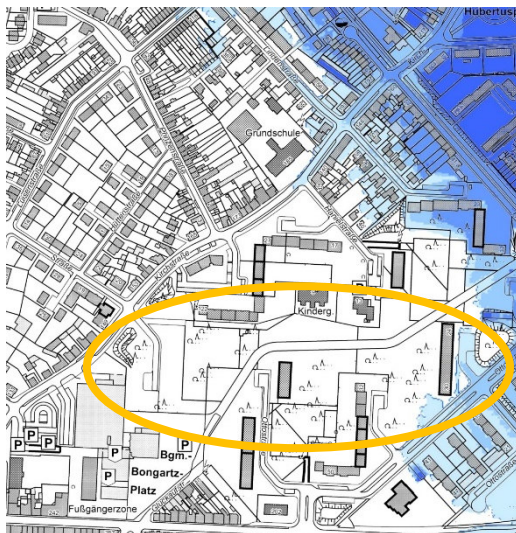
Extremhochwasser oder Versagen von Hochwasserschutz, betroffen ist. Derartige Bereiche schließen erst östlich der Husemannstraße an.

Bei den betroffenen Bereichen im Plangebiet handelt es sich um die frühere Zufahrt zum Gebäude Ottostraße 24-30 sowie um eine Fläche südwestlich davon. Die Größe der gefährdeten Areale mit bis zu 1,0 m möglicher Überflutung im Falle von HQ extrem beträgt insgesamt ca. 3.100 m². Sie liegen im Bereich geplanter Retentionsflächen und Wiesen, sodass Gefahren und Schäden unwahrscheinlich sind.

3.6.2 Starkregen

Das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) hat eine Starkregenhinweiskarte für Nordrhein-Westfalen erstellt und auf der Internetseite www.geoportal.de veröffentlicht (Starkregenhinweiskarte NRW des BKG). Sie gibt Hinweise auf besondere Gefahrenbereiche innerhalb der Kommunen und kann als Grundlage für die Vertiefung und erste dringende Maßnahmen dienen. Für die Stadt Duisburg liegt zurzeit noch kein kommunales Konzept zum Starkregenmanagement vor. Auf der Internetseite der Stadt Duisburg werden jedoch Hinweise zum Schutz bei Starkregenereignissen gegeben. Die Starkregenhinweiskarte NRW des BKG kann auch unter www.klimaanpassung-karte.nrw.de aufgerufen werden, wo weitere Informationen zu Klimafolgen und der Anpassung an den Klimawandel verfügbar sind. Für das Plangebiet stellt die Starkregenhinweiskarte NRW folgende Situation dar (siehe Abbildung 9):

Bei einem seltenen und extremen Starkregen würden mehrere Wasserflächen bis 50 cm, zum Teil bis 100 cm Tiefe, entstehen. Das Plangebiet ist als Grünfläche keinen herausgehobenen Gefahren durch Starkregen ausgesetzt. Die Planung bezieht die Starkregengefahr dennoch ausdrücklich ein und sieht im östlichen Teil des Parks Retentionsflächen vor.



Abbildungen 8 (links) und 9 (rechts): Ausschnitte aus der Hochwassergefahrenkarte HQ extrem und aus der Starkregenhinweiskarte (extremes Ereignis), jeweils Stand 2024

Quellen: Bezirksregierung Düsseldorf; Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG)

3.6.3 Sonstige mögliche Bindungen

Hinsichtlich des Artenschutzes wird auf das Kapitel 6.1 verwiesen.

- Einwirkungsrelevanter Bergbau ist nicht vorhanden
- Schäden durch Grubengasgewinnung sind nicht zu erwarten
- Baudenkmäler sowie Hinweise auf Bodendenkmäler sind nicht vorhanden
- Das Vorliegen von Kampfmitteln ist nicht bekannt
- Das Plangebiet liegt außerhalb von Achtungsabständen zu Störfallbetrieben

3.7 Gender Mainstreaming

Als öffentlicher Belang ist Gender Mainstreaming gem. § 1 Abs. 6 Nr. 3 BauGB in der Bauleitplanung zu berücksichtigen. Unter dem Begriff Gender wird das Geschlecht als gesellschaftliche Strukturierungskategorie betrachtet. Die sich hieraus ergebenden spezifischen Lebenssituationen mit unterschiedlichen Bedürfnissen sollen chancengleich behandelt werden. Bei der Planung und Entscheidungsfindung soll

auf unterschiedliche Bedürfnisse von weiblichen, männlichen und diversen Menschen hingewiesen werden. Gender Mainstreaming ermöglicht die Gestaltung einer Stadt, die für alle Menschen gleichermaßen attraktiv ist und gleiche Entwicklungsperspektiven eröffnet. Chancengleichheit in der Stadtentwicklungspolitik bedeutet, dass Räume gleichberechtigt durch Menschen jeden Alters und jeglicher geschlechtlichen Orientierung genutzt werden können. Aufgabe der Stadtplanung ist es, einen Qualitätsgewinn für die Gebrauchsfähigkeit städtischer Räume, höhere Alltagstauglichkeit und Effektivität der Planung zu erreichen. Dabei muss nach dem jeweiligen Planungskontext differenziert gehandelt werden.

Eine in diesem Sinne sensible Bauleitplanung bezieht sich unter anderem auf die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Versorgungsarbeit, Mobilität, Wohnen und Sicherheit, Partizipation und Repräsentanz.

Die konkrete Ausgestaltung des Stadtparks im teilweise rückgebauten Hochhausquartier Hochheide basiert auf mehreren Beteiligungsprozessen im Rahmen des Sanierungsverfahrens. Bestandteil der Vorbereitenden Untersuchungen zur förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes waren Befragungen der Eigentümer- und Mieterschaft sowie von Gewerbetreibenden. Ferner fanden Quartiersspaziergänge und eine Informationsveranstaltung statt. Dabei wurden unter anderem Wünsche nach Sicherheit, Sauberkeit sowie nach verschiedenen Spiel- und Freizeitangeboten geäußert.

Im Zuge der Erstellung des Rahmenplanes fanden wiederum Befragungen, Workshops sowie Spaziergänge statt. Es kristallisierten sich die im Rahmenplan definierten Bereiche für Freizeitsport, Gemeinschaft und Erholung innerhalb einer zusammenhängenden Parklandschaft heraus. Die Bereiche wurden in der Entwurfsplanung weiter konkretisiert. Barrierefreiheit, Inklusion und kooperative Ansätze waren dabei explizite Anliegen, die querschnittshaft Berücksichtigung fanden.

Durch die intensiven Beteiligungen, die teilweise zweisprachig und sowohl in Präsenz als auch digital stattfanden, konnten zahlreiche Menschen erreicht und entsprechend vielfältige Anregungen zur Gestaltung des Stadtparks gewonnen werden.

Der vorliegende Bebauungsplan schafft die rechtliche Voraussetzung für die Umsetzung der maßgeblich durch Beteiligungsprozesse entwickelten Entwurfsplanung, ohne Einzelheiten der Ausstattung festzulegen. Die konkrete Ausführung wird wiederum unter Einbezug der Öffentlichkeit erfolgen.

Damit finden die Aspekte des Gender Mainstreaming in dem Bebauungsplan Berücksichtigung und werden auf der nachgelagerten Umsetzungsebene noch weiter konkretisiert.

4 Grünplanerisch-städtebauliches Konzept

4.1 Entwurfsplanung für den Stadtpark

Allgemeines

Das grünplanerisch-städtebauliche Konzept für den Stadtpark ist im Laufe des mehrjährigen Planungsverlaufs „mitgewachsen“: Aufbauend auf der Idee einer „Freifläche mit Aufenthaltsqualitäten“ im integrierten Handlungskonzept und dem Leitmotiv „Quartierspark“ im Rahmenplan wurde die Entwurfsplanung „Stadtteilpark Duisburg-Hochheide“ vom Büro Landschaft planen + bauen NRW GmbH, Dortmund, erarbeitet. Durch den Ratsbeschluss vom 14.02.2022 (DS 21-1235) hat sie den Rang eines städtebaulichen Entwicklungskonzeptes gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB, das bei der Bauleitplanung zu berücksichtigen ist.

Grundlegende Entwurfsaufgabe

Die Planung baut auf den vorausgegangenen Konzeptideen und Beteiligungen auf, stellt aber ein eigenständiges, konsistentes Werk dar. Erklärtes Ziel ist, über die Schaffung von funktionellen Schwerpunkten hinaus eine verbindende, ästhetisch anspruchsvolle Gestaltung umzusetzen.

Eine grundlegende Aufgabe bestand darin, die vorhandenen Grünstrukturen mit den abgeräumten Flächen gestalterisch zu verknüpfen. Besonders wertvolle Bestände aus der bisherigen Struktur sind die Allee entlang des „Roten Weges“, das Wäldchen an der Ottostraße sowie die Bäume an den Säumen des Plangebietes. Diese Flächen mit prägenden Baumbeständen bleiben als zentrales Entwurfsmotiv erhalten. Die Übergänge zu den angrenzenden Bereichen werden mit neu gepflanzten Bäumen gestaltet und damit auch neue räumliche Situationen geschaffen. Gebiete mit bisher wenig Vegetation werden

genutzt, um z.B. Retentionsflächen, modellierte Liegeflächen und Freizeitsportanlagen anzulegen. Merkmal des Stadtparks wird demnach der Wechsel zwischen einerseits offenen Flächen, wie Wiesen, Retentions- oder Sportflächen, und andererseits verschattenden sowie teils waldartigen Arealen sein. Aus verschiedenen Gründen, z.B. weil die Oberfläche verändert wird, ist die Fällung von zehn bis zwanzig Bäumen, nach vorheriger artenschutzfachlicher Begutachtung, vorgesehen (siehe hierzu die Hinweise im Bebauungsplan). Zum Planungsstand Herbst 2024 ist die Neupflanzung von 168 Bäumen, davon zehn Obstbäumen, vorgesehen. Das entspricht von der Größenordnung her etwa siebzig Prozent des vorhandenen Baumbestands (ca. 230 Bäume). Freizeitsportflächen, Spielplätze und Gärten werden so in die Gesamtgestaltung eingebettet, dass sie sich nicht gegenseitig stören. Bodenmodellierungen und wechselseuchte Bereiche bilden neue, attraktive Aufenthaltsorte. Die Übergänge werden fließend gestaltet; strenge, geometrische Räume sind generell nicht vorgesehen.

Bereiche des Stadtparks

Wie im Rahmenplan vorbereitet, sind drei thematische Schwerpunktbereiche vorgesehen, die auch mit der vorgefundenen Vegetationsstruktur korrespondieren:

- Der westliche Bereich (Sportbereich), der vor allen Dingen Bewegungsangebote umfasst: Eine „Aktivinsel“ wird u.a. mit Tischtennisplatten, Trimm-Dich-Stationen, Trampolinen und einem Streetballfeld ausgestattet. Ferner wird es Anlagen für Calisthenics (Eigengewichtstraining), zum Klettern, Mountainbiking (Pumptrack) und Bouldern geben. Ein Solar-Schattendach und Liegewiesen sind ergänzend hierzu vorgesehen
- Der mittlere Bereich (Gemeinschaftsbereich), der neben Gärten (u.a. Urban Gardening-Flächen) auch Boulebahnen, Schachtische und Kleinkinderspielplätze beinhaltet. Außerdem sind mit Wasser- und Wildblumenflächen sowie einem „Blau-Grünen Klassenzimmer“ (Wasser, Grün) ökologische Erfahrungs- und Bildungsangebote geplant
- Der östliche Bereich (Erholungsbereich) soll zum einen Gärten für die angrenzenden Wohngebäude umfassen und zum anderen einen Bereich mit Mulden und Hügeln, in dem Retentionsflächen, ein Teich und Wiesen liegen, beinhalten. Die vorhandene Waldfläche an der Ottostraße soll naturnahe Spielmöglichkeiten erhalten

Städtebauliche Einbindung

Die städtebauliche Einbindung spielt in der Planung eine wesentliche Rolle. Gegenüber den angrenzenden öffentlichen Flächen ist die Gestaltung offen und übersichtlich, teilweise wird Unterwuchs ausgelichtet und durch qualitative Strauchpflanzungen ersetzt. An den Säumen zu öffentlichen Straßen und Plätzen bleiben Bäume erhalten.

Das Grundstück der städtischen Kita an der Hanielstraße erhält mit Hecken und Aufenthaltsflächen auch eine Adresse zum Park. Der Übergang zu privaten Grundstücken, meist Rasenflächen im Wohnumfeld, geschieht fließend. Dies ist erklärtermaßen ein Angebot, private Grundstücksflächen angrenzend an das Plangebiet in die Gestaltung einzubringen.

Anbindung und Wege

Die Systematik der Wegeverbindungen spielt als Entwurfsmotiv eine besondere Rolle. Allein wegen seiner Ausdehnung ist der Stadtpark Hochheide auch ein Verbindungsglied für die nähere Umgebung. Durch einige bereits vorhandene Anknüpfungspunkte im Bestand um das Plangebiet und vor allem durch den „Roten Weg“ hatte das Gebiet schon bisher eine gewisse (informelle) „Transitfunktion“ für den Fuß- und Radverkehr.

Das Wegenetz ist dreistufig aufgebaut: Die Hauptwege besitzen eine Breite von vier Metern und werden aus Walzasphalt hergestellt. Nebenwege werden als wassergebundene Decke hergestellt und haben eine Breite von zwei Metern.

Um kleinräumig eine barrierefreie Erschließung für wesentliche Nutzungen des Parks zu gewährleisten, werden Kleinkinderspielplätze, Gärten und die Hundewiese durch Wege aus Polygonalplatten aus Naturstein mit breiter Rasenfuge erschlossen.

Im gesamten Stadtpark weiten sich Wegeflächen an zentralen Orten auf und werden durch Bänke, Hängematten, Schachtische und Spielflächen vielfältig und einladend gestaltet.

Versiegelte und teilversiegelte Flächen im Stadtpark

Versiegelungen im Stadtpark Hochheide finden fast ausschließlich durch befestigte Wege, Fallschutzbeläge und Freizeitsportanlagen statt. Aufgrund der Größe des Parks, seiner Lage inmitten von Wohngebieten und Anforderungen an die barrierefreie Zugänglichkeit ist eine komplett unversiegelte Ausführung nicht möglich. Allerdings sind alle befestigten Flächen, auch die asphaltierten Wege, nicht vollständig wasserundurchlässig. Im Einzelnen sind folgende versiegelte und teilversiegelte Flächen vorgesehen:

Asphaltierte Hauptwege:	3.644 m ²
Fallschutzbeläge:	2.960 m ²
Pumptrack:	607 m ²
Boulderfelsen:	278 m ²
Natursteinplatten mit Rasenfuge:	1.490 m ²
Summe:	8.979 m ²

Hinzu kommen weitere untergeordnete Ausstattungselemente, wie z.B. Materialcontainer, sodass die Versiegelung bzw. Teilversiegelung im Stadtpark Hochheide ca. 9.000 m² oder 18 % betragen wird. Die vormalige Versiegelung und Teilversiegelung durch Gebäude, Erschließungen und Tiefgaragen betrug ca. 17.000 m² oder 33 %.

Der Stadtpark Hochheide muss für Wartungs- und Rettungsfahrzeuge befahrbar sein. Dies kann in erster Linie auf den Hauptwegen geschehen. Für die Wartung des Kanals im Westen des Parks müssen teilweise gesonderte Flächen, etwa mit Rasengittersteinen, erstellt werden. Diese werden mit den Wirtschaftsbetrieben Duisburg abgestimmt und sind nicht Teil des gestalterischen Entwurfsplans.

Modifizierung im westlichen Bereich

Die im westlichen Bereich anfänglich vorgesehenen Nutzungen Multisportfeld und Dreiseitenfußballfeld werden nicht weiterverfolgt. Die räumliche Gliederung, allgemeine Konzeption und die sonstigen Anlagen gemäß der Entwurfsplanung bleiben jedoch unverändert. Der modifizierte Entwurf war Anlage der Vorlage DS 23-0905 hinsichtlich der Herstellungskosten für den dritten Bauabschnitt und wurde der örtlichen Politik sowie Öffentlichkeit vorgestellt.



Abbildung 10: Entwurfsplanung, ohne Maßstab, Stand: 30.08.2023

Quelle: Landschaft planen + bauen NRW GmbH, Dortmund

4.2 Verkehrliche Erschließung

Der Stadtpark Hochheide ist in das ehemals noch dichter bebaute Hochhausquartier eingebunden und damit auch in das vorhandene Erschließungssystem. Da die abgebrochenen Gebäude durch Stichstraßen erschlossen waren, bewirkt der Stadtpark trotz seiner großen Ost-West-Ausdehnung keine Unterbrechungen im Straßennetz. Während es zuvor die Aufgabe des Straßen- und Wegenetzes war, die Gebäude zu erschließen, übernimmt es künftig die Aufgabe, den Zugang und die Durchquerbarkeit des Parks zu gewährleisten.

An der Kirchstraße im Westen, dem Bürgermeister-Bongartz-Platz im Süden und der Ottostraße im Süd-Osten hat das Plangebiet direkte Anknüpfungen an das umgebende öffentliche Straßen- und Wegenetz. Mit privaten Kfz ist der Stadtpark nicht befahrbar, aber die Befahrbarkeit für Wartungs-, Entsorgungs- und Rettungsfahrzeuge ist gegeben.

Für die Fuß- und Radwegeerschließung ist das bestehende öffentliche Straßen- und Wegenetz rund um das Plangebiet ebenfalls bedeutsam, da dieses die Verbindung zu den übrigen Bereichen des Stadtteils sicherstellt.

Im Park selbst wird es ein differenziertes Fuß- und Radwegenetz geben (siehe Kapitel 4.1), das die äußeren Anbindungen verknüpft und ergänzt. Der „Rote Weg“ bleibt als wichtige Ost-West-Verbindung in teilweise variiert Lage erhalten.

Die nächsten Bushaltestellen befinden sich in unmittelbarer Nähe an der Moerser Straße und der Kirchstraße. Für den nahe gelegenen Marktplatz wird zurzeit die Bündelung öffentlicher Mobilitätsangebote („Mobility Hub“) untersucht. Für die Erreichbarkeit der Bushaltestellen spielt die Anknüpfung der bestehenden Fußwege der Umgebung an das Wegenetz innerhalb des Parks ebenfalls eine große Rolle.

Der Stadtpark Hochheide dient als vielfältige Erholungs- und Grünfläche. Das bestehende, umgebende Erschließungssystem wird, wie dargestellt, hierfür anders geartete Aufgaben erfüllen als für das vormalige, hoch verdichtete Wohngebiet. Welche Auswirkungen diese Akzentverschiebung für die Umgebung des Plangebietes hat, wird in Kapitel 7.2 behandelt.

4.3 Technische Infrastruktur

Ein Kanal, der für die umgebende Bebauung eine Funktion erfüllt, bleibt erhalten. Ein Anschluss des Plangebietes selbst an das Kanalnetz erfolgt nicht. Das Regenwasser wird auf der Fläche des Parks versickert.

Beleuchtungskabel bleiben erhalten und werden gemäß der späteren Ausführungsplanung für den Stadtpark ergänzt. Die solare Stromerzeugung wird in die Planungen einbezogen. Eine Fernwärmeleitung sowie Strom- und Telekommunikationsleitungen, die den umgebenden Nutzungen dienen, bleiben ebenfalls erhalten.

Auf die Lagen des Kanals und der Leitungen sowie die Anforderungen an die Erreichbarkeit und den Erhalt wird im Bebauungsplan hingewiesen. Die Anlagen haben keine überregionale Bedeutung.

Für Trinkwasserbrunnen müssen gegebenenfalls in Teilbereichen neue Wasserleitungen verlegt werden.

5 Festsetzungen des Bebauungsplanes

Alle Festsetzungen sind städtebaulich begründet und dienen den in Kapitel 4 beschriebenen Inhalten und Zielen sowie der Sicherung und Umsetzung der dort dargelegten städtebaulich-grünplanerischen Konzeption.

5.1 Geltungsbereich

Der Geltungsbereich liegt zwischen Kirchstraße, Hanielstraße, Ottostraße und Bürgermeister-Bongartz-Platz und umfasst folgende Flurstücke der Gemarkung Homberg (3306), Flur 19. Das Flurstück 1313 ist in privatem, alle anderen Flurstücke in städtischem Besitz. Das Flurstück 1313 liegt am nord-östlichen Rand des Geltungsbereichs und zurzeit gemäß Bebauungsplan Nr. 23 in der nicht überbaubaren Grundstücksfläche eines Reinen Wohngebiets.

Flurstück	Größe	Flurstück	Größe	Flurstück	Größe
1143	28 m ²	1260	8 m ²	1466	842 m ²
1244	2732 m ²	1261	4938 m ²	1472	1221 m ²
1248	850 m ²	1262	76 m ²	1620	1372 m ²
1252	238 m ²	1313	2.262 m ²	1659	515 m ²
1253	8367 m ²	1321	15836 m ²	1660	4610 m ²
1254	332 m ²	1439 tlw	(6922 - 840 =) 6082 m ²		
1259	117 m ²	1462	327 m ²		

Die Abgrenzung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes wird in der Planzeichnung gemäß § 9 Abs. 7 BauGB zeichnerisch festgesetzt. Die Größe des Plangebietes beträgt 50.753 m² (ca. 5,1 ha).

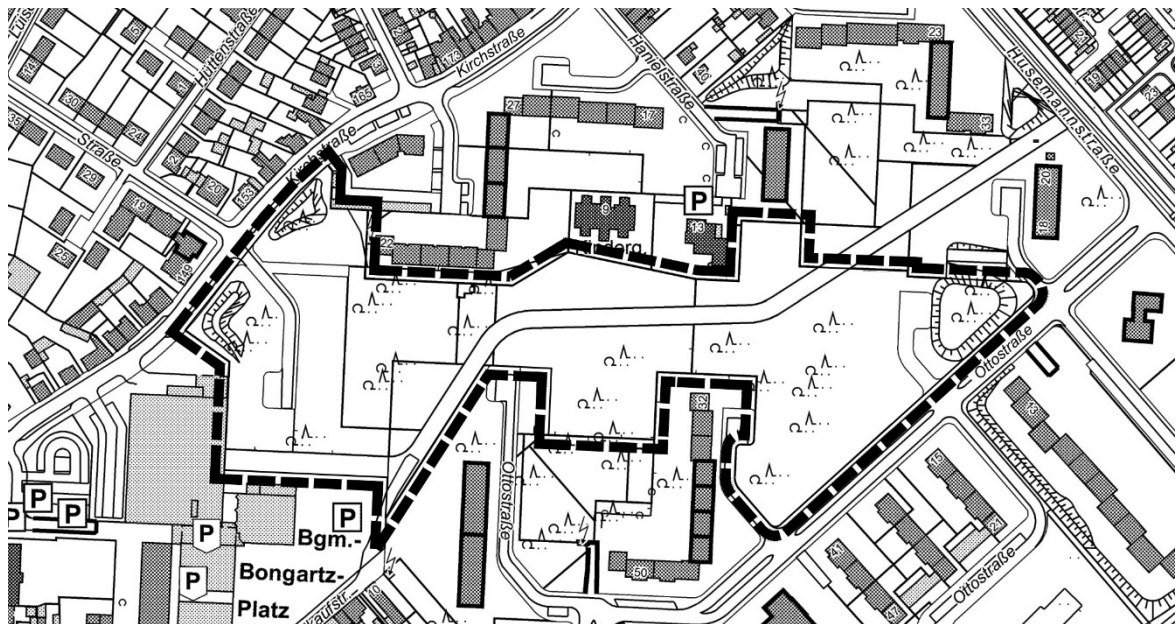


Abbildung 11: Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 1285

Quelle: Geobasisdaten Stadt Duisburg, Amt für Bodenordnung, Geomanagement und Kataster

5.2 Planungsrechtliche Festsetzungen

5.2.1 Allgemeines zu den Öffentlichen Grünflächen 1 und 2

Die Festsetzung der Grünflächen 1 und 2 mit der Zweckbestimmung „Parkanlage“ basiert auf den städtebaulichen Entwicklungskonzepten für Hochheide der vergangenen Jahre, die in den Kapiteln 3.5 und 4.1 im Einzelnen aufgeführt sind. Die Funktion als Stadtspark und das überwiegend städtische

Flächeneigentum machen die Ausweisung als Öffentliche Grünflächen zur logischen Konsequenz. Dies ist die Flächenkategorie, die das Baugesetzbuch für die geplante Nutzung vorsieht. Sie werden für die Allgemeinheit frei zugänglich sein. Dem Rahmenplan und der Entwurfsplanung entsprechend (siehe Kapitel 3.5.6 und 4.1), wird der Park unterschiedlich akzentuierte Bereiche aufweisen, weswegen die Festsetzung zweier öffentlicher Grünflächen mit einer Differenzierung der Zweckbestimmung erfolgt.

Der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 1285 sind, wie bereits ausgeführt, Beteiligungsverfahren und die Entwurfsplanung (siehe Kapitel 4.1) vorausgegangen. Die Festsetzungen des Bebauungsplanes sind geeignet, die vorgesehene Ausführung zu ermöglichen. Die Entwurfsplanung ist durch den Ratsbeschluss (DS 21-1235) verbindlich, sodass der Bebauungsplan ausdrücklich keine Einzelheiten der Ausstattung und Bepflanzung vorsieht. Es werden zum Beispiel keine Standorte von Spielplätzen, Freizeitsportanlagen oder Gärten festgesetzt, auch keine Wege. Solche Anlagen sind jeweils im Einklang mit den Zweckbestimmungen generell möglich, aber eine Festsetzung im vorliegenden Fall nicht erforderlich. Ebenso können Parkflächen z.B. als Wiesen, Beete, Gehölz- und Retentionsflächen angelegt werden.

Da der Bebauungsplan keine Baugebiete, sondern Öffentliche Grünflächen und Wald (siehe Kapitel 5.24) festsetzt, finden die Steuerungsmöglichkeiten der Baunutzungsverordnung zum Maß der überbaubaren Fläche und damit zum Versiegelungsgrad keine Anwendung. Die Entwurfsplanung kann jedoch auch hierfür als Referenz herangezogen werden. Der Versiegelungsgrad wird durch die Befestigung von Flächen gesteuert, wobei ein sensibles Gleichgewicht zwischen Barrierefreiheit und komfortabler Nutzung einerseits sowie ökologischen Anforderungen andererseits gewahrt wird. Dabei steht die Förderung der Wasser- und Luftdurchlässigkeit des Bodens im Vordergrund. Der Grad an Versiegelungen und Teilversiegelungen wird rund 9.000 m² oder 18 % des Geltungsbereiches betragen. Eine wesentliche Erhöhung dieses Anteils im Zuge der Ausführungsplanung ist nicht zu erwarten. Dies bedeutet unter anderem, dass eine Zunahme des versiegelten Flächenanteils auf den Schwellenwert von 20.000 m² gemäß § 13a Abs. 1 Nr. 1 BauGB unwahrscheinlich erscheint.

Ebenso erfolgt keine Festsetzung zum Erhalt oder zum Anpflanzen von Bäumen sowie sonstigen Bepflanzungen. Im Plangebiet sind zahlreiche Bäume und Sträucher vorhanden, die, wie in Kapitel 4.1 erläutert wird, integrale Bestandteile der künftigen Gestaltung werden. Die Anpflanzung neuer Bäume in der Größenordnung von 70 % Prozent des Bestandes ist geplant. Die Festsetzung von öffentlichen Grünflächen und Wald bietet eine sehr vorteilhafte planungsrechtliche Grundlage für den Baumbestand. Angesichts der Vielzahl an bestehenden und neu gepflanzten Bäumen (insgesamt über dreihundert) ist eine Festsetzung einzelner Bäume nicht sinnvoll. Eine Auswahl der gepflanzten Arten und auch das Fällen einzelner Bäume nach artenschutzrechtlicher Begutachtung soll möglich sein und nicht der Bauleitplanung unterliegen. Umfangreichere Rodungen wären nicht konzeptkonform und sind nicht zu befürchten.

Die planerische Zurückhaltung bei Pflanzungen und Ausstattungen ist vertretbar, da mit der beschlossenen Entwurfsplanung bereits ein Konzept für die „Füllung“ mit konkreten Inhalten vorliegt. Darüber hinaus berücksichtigt sie den langfristigen Zeithorizont der Bauleitplanung, der mehrere Jahrzehnte umfasst, und ermöglicht zukünftige Anpassungen. Faktoren, wie Änderungen der Alterstruktur der Bevölkerung oder soziale Entwicklungen, müssen zukünftig berücksichtigt werden können.

Einflüsse wie diese sind im Moment nicht absehbar, können jedoch auftreten und sollen zu einem späteren Zeitpunkt im Plangebiet ohne aufwändige Änderungen des Planungsrechts zu bewältigen sein. Die Festsetzung von Grünflächen stellt dabei jedoch bestimmte Wesensmerkmale grundsätzlich sicher. Beispielsweise dürfen bauliche Anlagen nur der Grünfläche untergeordnet errichtet werden. Die Zweckbestimmung „Parkanlage“ bedingt darüber hinaus eine überwiegend begrünte bzw. bepflanzte Ausführung.

5.2.2 Öffentliche Grünfläche 1 / Zweckbestimmung Parkanlage für Erholung und Freizeitsport

Zeichnerische Festsetzung

Die „Öffentliche Grünfläche 1/ Zweckbestimmung Parkanlage für Erholung und Freizeitsport“ nimmt rund 2,2 ha oder 43 % der Fläche im westlichen Teil des Stadtparks ein. Die Fläche ist sowohl über Eingänge an öffentlichen Straßen (Kirchstraße, Bürgermeister-Bongartz-Platz) als auch über angrenzende

Grundstücke bestehender Wohngebäude außerhalb des Geltungsbereichs zu erreichen und zu durchqueren. Sie ist konsequenterweise als Öffentliche Grünfläche festgesetzt.

Mit der Zweckbestimmung „Parkanlage für Erholung und Freizeitsport“ kommt der geplante Charakter für die aktive Entspannung und private, ungezwungene sportliche Betätigung zum Ausdruck. Eine detaillierte Festlegung zur Lage und Ausführung, z.B. von Wegen, Sportgeräten usw. erfolgt ausdrücklich nicht, da diese Ausstattungen der Funktion als Öffentliche Grünfläche samt ihrer Zweckbestimmung immanent sind und Spielräume für Anpassungen erhalten bleiben sollen.

Im Rahmen der grundlegenden Merkmale einer Parkanlage (d.h. überwiegend begrünt) sind, ohne abschließende Festlegung, unter anderem folgende Ausstattungen im Eigentum der Stadt Duisburg mit der Zweckbestimmung „Parkanlage für Erholung und Freizeitsport“ vereinbar. Dabei bleibt die Größe der Anlagen stets im Verhältnis zur gesamten Grünfläche und soll diese nicht überprägen:

- Boulderfelsen
- Boulebahnen
- Calisthenics-Pavillon
- Kletternetz
- Liegewiesen
- Materialcontainer
- Pumptrack und Kinder-Pumptrack
- Spielplätze
- Retentionsflächen, Anlagen zur Regenwasserrückhaltung
- Streetballfeld
- Tischtennisplatten
- Trampolin
- Trimm-Dich-Pfad bzw. Outdoor-Gym-Stationen
- Überdachungen, auch mit Solarpaneelen

In der schalltechnischen Untersuchung zum Bebauungsplan wurde das Streetballfeld gemäß der Entwurfsplanung im Westen des Geltungsbereiches als signifikante Geräuschquelle identifiziert, die daher in Bezug auf die Schutzbedürftigkeit der umgebenden Nutzungen immissionsschutzrechtlich untersucht wurde. Zusätzlich erfolgte eine Betrachtung der Kommunikationsgeräusche an einem Pumptrack, ebenfalls gemäß Entwurfsplanung im Westen des Geltungsbereiches. Aufgrund der nicht eindeutigen Zuordbarkeit erfolgte eine Betrachtung sowohl nach dem so genannten Freizeitlärm-Erlass als auch nach der Sportanlagenlärmschutzverordnung (siehe Kapitel 7.3).

Die unvermeidbare Lärmbelastung durch Freizeitanlagen ist in Bezug auf die Schutzbedürftigkeit der Öffentlichen Grünfläche 1 ausdrücklich im Einklang mit ihrer Zweckbestimmung. Dies gilt ebenso für die Öffentliche Grünfläche 2, insbesondere im Übergangsbereich zur Öffentlichen Grünfläche 1. Beide Grünflächen gehen gestalterisch ineinander über, wobei die zentral und östlich gelegenen Bereiche der Öffentlichen Grünfläche 2 zahlreiche Flächen für ruhige Erholung bieten. Die künftige Ausführungsplanung muss in jedem Fall die gesetzlichen Pflichten zum Schutz der umliegenden Nutzungen berücksichtigen.

5.2.3 Öffentliche Grünfläche 2 / Zweckbestimmung Parkanlage für Erholung und Begegnung

Zeichnerische Festsetzung

Die „Öffentliche Grünfläche 2 / Zweckbestimmung Parkanlage für Erholung und Begegnung“ nimmt mit rund 2,5 ha etwa die Hälfte bzw. den mittleren und östlichen Teil des Stadtparks ein. Die Fläche ist sowohl über Eingänge an öffentlichen Straßen (Bürgermeister-Bongartz-Platz, Hanielstraße, Ottostraße) als auch über angrenzende Privatflächen zu erreichen und zu durchqueren. Sie ist konsequenterweise als Öffentliche Grünfläche festgesetzt.

Die Zweckbestimmung „Parkanlage für Erholung und Begegnung“ spiegelt den geplanten Charakter wider, der vor allem auf ruhige Entspannung und ungezwungene Kommunikation ausgerichtet ist. Eine detaillierte Festlegung zur Lage und Ausführung, z.B. von Wegen, Spielflächen, Gärten usw. erfolgt ausdrücklich nicht, da diese Ausstattungen der Funktion als Öffentliche Grünfläche samt ihrer Zweckbestimmung immanent sind und Spielräume für Anpassungen erhalten bleiben sollen.

Im Rahmen der grundlegenden Merkmale einer Parkanlage (d.h. überwiegend begrünt) sind, ohne abschließende Festlegung, unter anderem folgende Ausstattungen im Eigentum der Stadt Duisburg mit der Zweckbestimmung „Parkanlage für Erholung und Begegnung“ vereinbar. Dabei bleibt die Größe der Anlagen stets im Verhältnis zur gesamten Grünfläche und soll diese nicht überprägen:

- „Blau-Grünes Klassenzimmer“ (Wasser, Grün) mit Informationstafeln und ähnlichen Ausstattungen
- Boulebahnen
- Hundewiese
- Liegewiesen
- Materialcontainer
- Picknickplatz mit Entsorgungsstation
- Retentionsflächen, Anlagen zur Regenwasserrückhaltung
- Schachtische
- Sinnesgärten
- Skulpturen
- Spielplätze
- Urban Gardening-Flächen mit Komposttoiletten

5.2.4 Wald

Zeichnerische Festsetzung

Im südlichen Teil des Flurstücks 1321, an der Ottostraße, befindet sich eine Fläche von rund 4.000 m² oder 8 % des Geltungsbereiches, auf der Wald gemäß der Definition in § 2 Bundeswaldgesetz (BWaldG) und § 1 Landesforstgesetz (LFoG) NRW zu finden ist. Es ist keine Umwandlung in eine andere Nutzungsart, sondern die Sicherung der bestehenden Waldfläche in Nachbarschaft der Öffentlichen Grünfläche 2 geplant.

Gemäß § 1 Nr. 1 BWaldG ist Wald wegen seines wirtschaftlichen Nutzens (Nutzfunktion) und seiner Bedeutung für die Umwelt, unter anderem für die Erholung der Bevölkerung (Schutz- und Erholungsfunktion), zu erhalten und seine Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern. Dies wird mit der Festsetzung als Wald im Bebauungsplan gewährleistet.

Gemäß § 14 BWaldG ist das Betreten des Waldes zum Zwecke der Erholung gestattet. Das Radfahren, das Fahren mit Krankenfahrstühlen und das Reiten ist nur auf Wegen gestattet. Die Benutzung geschieht auf eigene Gefahr. Dies gilt insbesondere für walddtypische Gefahren. Als natur- und walddtypische Gefahren präzisiert § 2 LFoG NRW vornehmlich solche, die von lebenden und toten Bäumen, sonstigem Aufwuchs oder natürlichem Bodenzustand ausgehen oder aus der ordnungsgemäßen Bewirtschaftung des Waldes entstehen. In den Bebauungsplan wird hierzu ein Hinweis aufgenommen.

Gemäß § 13 Abs. 1 BWaldG in Verbindung mit § 50 Abs. 1 LFoG NRW kann Wald durch ordnungsbehördliche Verfügung der höheren Forstbehörde zum Erholungswald erklärt werden. In einer ordnungsbehördlichen Verfügung sind gemäß § 50 Abs. 4 Nr. 3 LFoG NRW unter anderem Vorschriften über den Bau und die Unterhaltung von Wegen, Bänken und ähnlichen Anlagen anzugeben. Gemäß dieser Gesetzesgrundlagen können, neben den dort erwähnten Wegen und Bänken, Regelungen zur Einfügung naturnaher Spielgeräte getroffen werden, die in der Entwurfsplanung für den Stadtpark Hochheide vorgesehen sind.

Der Landesbetrieb Wald und Holz teilte mit, dass die geplante Errichtung naturnaher Spielgeräte mit den Waldfunktionen grundsätzlich vereinbar ist, sofern die Waldfunktionen erhalten bleiben und der Wald in Funktion und Erscheinung nicht durch die der Erholungsfunktion dienenden Einrichtungen verdrängt oder überlagert wird. Die Errichtung anderweitiger Einrichtungen, die nicht unmittelbar funktional der Erholung im Wald dienen, ist nicht zulässig. Ein Rückbau der Erholungsfunktion nicht dienlicher oder das zum Erhalt der Waldfunktionen verträgliche Maß überschreitender Anlagen kann forstbehördlich angeordnet werden.

5.3 Nachrichtliche Übernahme

Hochwasser

Teile des Plangebietes befinden sich in den Hochwasserrisikogebieten des Rheins, die bei einem seltenen bzw. extremen Hochwasserereignis (HQ extrem) überschwemmt werden können (siehe Kapitel 3.6.1). Für Risikogebiete außerhalb von Überschwemmungsgebieten gelten die Regelungen der §§ 78b, 78c des Wasserhaushaltsgesetzes.

6 Umweltbelange

6.1 Darstellung der zu erwartenden Umweltauswirkungen

6.1.1 Schutzgut Mensch, Gesundheit

Die Situation des Bioklimas (siehe auch Kapitel 6.1.4) hat sich in den vergangenen Jahren durch die Verschiebung vom Stadtrandklima zum Stadtklima und durch die Entstehung von Wärmeinseln bei fehlenden Frischluftschneisen verschlechtert. Die Vorbelastungen durch Stickstoffdioxid (NO₂) und Feinstaub (PM₁₀) erreichen jedoch keine gesundheitsschädlichen Werte. Der etwa fünf Hektar große Stadtpark Hochheide wird mutmaßlich einen Beitrag dazu leisten, dass das Stadtrandklima sich nicht weiter zum Stadtklima entwickelt und abmildernd auf vorhandene Wärmeinseln wirken.

Der Verdacht einer schädlichen Bodenveränderung hat sich nicht bestätigt. Die Untersuchungen des Oberbodens haben keine relevanten Schadstoffgehalte, sogar für die sensibelste Nutzung als Kinderspielfläche, gezeigt, sodass keine Beeinträchtigungen der Wirkungspfade Boden-Mensch und Boden-Grundwasser ableitbar sind.

Entlang der Kirchstraße, bis etwa 40 m Entfernung, ist das Plangebiet Verkehrslärm durch die bestehende Verkehrsinfrastruktur ausgesetzt. Die Umgebungslärmkartierung 2017 des LANUV NRW zeigt über 24 Stunden eine Belastung von 55-60 dB(A). In der Nacht liegt in einem Abstand bis etwa 20 m eine Belastung von 50-55 dB(A) vor. Der Orientierungswert gemäß DIN 18005 „Schallschutz im Städtebau“ beträgt für Parkanlagen tags und nachts 55 dB(A). Damit ist im Randbereich zur Kirchstraße eine Überschreitung gegeben. Diese stellt jedoch keine substantielle Beeinträchtigung dar, da es weitläufige Bereiche gibt, die nicht entlang der Straße liegen, in denen man sich aufhalten kann.

Die Lärmbelastung durch Freizeitsportanlagen im Westen des Stadtparks für benachbarte Nutzungen, insbesondere das Wohnen, wird berücksichtigt. Bei der Realisierung ist künftig im Einzelfall zu prüfen, ob eine Anlage allen öffentlich-rechtlichen Vorschriften entspricht.

Ein Risiko durch Hochwasser ist aufgrund der Höhenlage des Plangebietes nur in zwei Bereichen an der Ottostraße und nur bei Extremereignissen gegeben (siehe Kapitel 3.6.1 und 6.1.5). Bei einem extremen Starkregen können Wasserflächen bis 50 cm Tiefe und teilweise darüber hinaus entstehen (siehe Kapitel 3.6.2 und 6.1.5).

Einwirkungsrelevanter Bergbau ist nicht vorhanden, Schäden durch Grubengasgewinnung sind nicht zu erwarten. Die Karte „Gefährdungspotenziale des Untergrunds“ des Geologischen Dienstes NRW stellt, sehr großräumig für die Niederrheinische Bucht, eine Erdbebengefährdung dar. Der Geologische Dienst NRW hat im Rahmen der Beteiligung keine weiteren Hinweise hierzu gegeben.

Nicht bekannt bzw. zu erwarten sind sonstige Risiken und Einwirkungen, etwa durch Kampfmittel, Unfälle und Katastrophen, Erschütterungen, Licht und Geruch. Der Stadtpark Hochheide liegt außerhalb von Achtungsabständen zu Störfallbetrieben.

Durch die Wirtschaftsbetriebe Duisburg werden Abfälle in Behältern gesammelt und turnusmäßig entsorgt. Abwässer entstehen voraussichtlich nicht.

6.1.2 Schutzgut Tiere

Im Jahr 2022 wurde eine Artenschutzprüfung der Stufe I durchgeführt. Es wurden als potenziell vorkommende und planungsrelevante Arten drei Fledermausarten, 35 Vogelarten und zwei Amphibienarten festgestellt. Hinsichtlich der Fledermausarten sind durch die Planung des Stadtparks keine negativen Auswirkungen auf den Nahrungsraum sowie auf die Fortpflanzungs- und Ruhestätten gegeben. Mit

dem Vorkommen der beiden Amphibienarten ist aufgrund der konkret vorliegenden Verhältnisse nicht zu rechnen.

Hinsichtlich der Vogelarten wurde eine Betrachtung, bezogen auf die Lebensraumtypen, vorgenommen. Für die Arten, die ausschließlich als Nahrungsgäste auftreten, verändert sich die Nutzbarkeit nicht. Bezüglich der gehölzbewohnenden Arten wurden Horste und Baumhöhlen nicht festgestellt. Da der Gehölzbestand grundsätzlich erhalten bleibt, ist nicht mit einem Verlust von Fortpflanzungs- und Ruhestätten zu rechnen. Für einige Vogelarten, z.B. den Sperber, sind mit dem Baumbestand geeignete Strukturen vorhanden, die nicht beeinträchtigt werden. Das Vorkommen mehrerer potenzieller Vogelarten ist aufgrund der konkret vorliegenden Verhältnisse auszuschließen.

Im Hinblick auf die Betroffenheit von Tierarten stellt die Artenschutzprüfung fest, dass nicht von Änderungen des Erhaltungszustandes für die vorhandenen Arten auszugehen ist, da die Sicherung und die Anreicherung einer Parkanlage geplant sind.

Zur Optimierung der artenschutzbezogenen Aspekte werden einzelne Maßnahmen empfohlen, u.a.:

- Abgestufte Nutzungsintensität der Rasenflächen
- Schutz der Gehölzflächen durch eine geeignete randliche Unterpflanzung
- Verwendung von Pflanzen mit Bedeutsamkeit für den Artenschutz
- Fledermauskästen und Nistkästen

Hinweise zu Fällungen, Rodungen und zum Fund von Fledermausquartieren wurden in den Bebauungsplan aufgenommen. Durch die Entsiegelung der Flächen und Aufwertung einfacher Rasen- in Kraut- und Wiesenflächen wird ein Beitrag zur Steigerung der Biodiversität geleistet. Die Pflanzung klimaresilienter Arten bietet vor allem für die heimische Fauna einen geeigneten Lebensraum. Futterquellen für Insekten und Vögel stehen damit das ganze Jahr über zur Verfügung.

6.1.3 Schutzgut Pflanzen

Die vorhandene Bepflanzung innerhalb des Geltungsbereiches hat ihren Ursprung hauptsächlich im ehemaligen Hochhausumfeld. Dieses bestand aus Rasenflächen sowie Baum- und Strauchgruppen. Entlang des „Roten Weges“ war gleichzeitig mit dem Bau der Hochhäuser eine Allee angelegt worden. Die Grünstrukturen der vormaligen Rheinpreussensiedlung (Straßenbäume, Hausgärten, Vorgärten), waren jedoch genau wie die Siedlungshäuser im Wesentlichen beseitigt worden. Lediglich wenige Grünflächen und einzelne Straßenbäume wurden in die neue Großsiedlung integriert, etwa der kleine Wald an der Ottostraße oder Bäume im früheren Verlauf der Glückaufstraße. Aktuell kommt die provisorische Herichtung der Rückbauflächen hinzu. Folgende Bereiche lassen sich charakterisieren:

- Durch Gehölze geprägte Gebiete mit Schwerpunkten am Gebäude Ottostraße 24-30 (wird abgerissen), an der Gebäudezeile Ottostraße 32-52 und an den Hügeln entlang der Kirchstraße. Hier liegen hohe Anteile an Ahorn vor, ferner von Esche und Linde. In den Randbereichen von Gehölzgruppen befinden sich teils sehr dichte Bestände an Brombeere und Holunder. Hier sind z.T. Reste früherer Nutzungen, z.B. in Form von Zäunen und Pflasterflächen, eingestreut
- Waldbestand an der Ottostraße, der seine Ursprünge wohl in einer Grünfläche in der ehemaligen Rheinpreussensiedlung hat und der teilweise mit Brombeere und Ahorn, teilweise mit Hochstaudenfluren bewachsen ist
- Bereiche entlang des „Roten Weges“ und des Bürgermeister-Bongartz-Platzes. Den „Roten Weg“ begleitend, befindet sich eine Allee aus mit Platanen, im östlichen Teil auch aus Kastanien. Der Bürgermeister-Bongartz-Platz ist auf der Nordseite durch eine Platanenreihe begrenzt. Es handelt sich um Bäume mit mittlerem und starkem Baumholz. Entlang der Allee befinden sich zum Teil Strauchbestände
- Rasenflächen, die früher Teil des Wohnumfeldes waren oder die nach dem Abriss hergerichtet wurden

Die künftige Gestaltung integriert wesentliche Teile der vorhandenen Bepflanzung, u.a. die Allee entlang des „Roten Weges“, das Wäldchen an der Ottostraße sowie die Bäume an den Säumen des Plangebiets. Die Übergänge zu bisher vegetationsärmeren Bereichen werden mit Baumpflanzungen gestaltet. Zum Stand Sommer 2024 ist die Pflanzung von 168 Bäumen, darunter zehn Obstbäumen, vorgesehen. Das

entspricht einer Größenordnung von etwa siebzig Prozent des vorhandenen Baumbestands (ca. 230 Bäume).

In den mittleren Teilen des Stadtparks sind Sinnesgärten, Urban Gardening- und Wildblumenflächen vorgesehen, die neue grüngestalterische Motive einführen sowie ökologische Erfahrungs- und Bildungsangebote darstellen.

Merkmale der künftigen Bepflanzung werden demnach zum einen offene Flächen als Wiese oder Rasen, zum anderen baumbestandene, teils waldartige Areale sein. Aus verschiedenen Gründen, z.B., weil die Oberfläche modelliert wird, ist die Fällung von zehn bis zwanzig Bäumen, nach vorheriger artenschutzfachlicher Begutachtung, vorgesehen. Teilweise wird Unterwuchs ausgelichtet und durch qualitative Strauchpflanzungen ersetzt.

Grundsätzlich wird im Stadtpark Hochheide der Gehölzbestand erhalten und durch Neupflanzungen erheblich erweitert. Neben großkronigen und Obstbäumen werden Hecken, Wiesen und Gärten ergänzt. Die biologische Vielfalt wird zunehmen und die Entstehung von Biotopen begünstigt. Es werden heimische, klimaverträgliche Gehölze mit Bedeutsamkeit für den Artenschutz (Blüten und Früchte) gepflanzt.

6.1.4 Schutzgut Luft, Klima

Der Regionalverband Ruhr hat im Auftrag der Stadt Duisburg eine Klimaaanalyse erstellt und im August 2022 vorgelegt (siehe Kapitel 3.5.10). Damit liegt eine aktuelle Grundlage für die klimatische Einschätzung des Plangebiets vor.

Bestimmend für die klimatische Situation sind generell in Duisburg die realen Flächennutzungen. Gewerbe und Industrie sowie andere verdichtete Gebiete bewirken eine stark eingeschränkte Belüftung bei sommerlichen Strahlungswetterlagen. Da eine Vernetzung mit kaltluftproduzierenden Flächen selten ist, haben innerstädtische Grünflächen wie der Stadtpark Hochheide eine besondere Bedeutung.

Die Klimaaanalysekarte schreibt Hochheide insgesamt keine ausgleichenden Eigenschaften zu. Als bebauter und von Bebauung umgebener Bereich hat der Ortsteil, außer an seinem Südrand, keine entlastenden oder ausgleichenden Funktionen für die Belüftung und Kaltluftentstehung.

Hinsichtlich der Klimatope (d.h., Gebiete mit ähnlicher klimatischer Ausprägung) wird für das Plangebiet überwiegend ein „Klima innerstädtischer Grünflächen“ festgestellt. Die Standorte der Hochhäuser Ottostraße 24-30 (inzwischen nicht mehr vorhanden) und Ottostraße 54-56 (Sprengung voraussichtlich 2025) liegen darin als Inseln mit Stadtklima. Die grundsätzliche Einordnung als „Klima innerstädtischer Grünflächen“ rührt offenkundig von der bisherigen Eigenschaft als Umfeld der „Weißen Riesen“ her, das neben einfachen Rasenflächen auch baumbestandene Flächen aufwies. „Klima innerstädtischer Grünflächen“ heißt, dass je nach Bewuchs die Temperatur- und Strahlungsamplituden gedämpft werden. Es handelt sich um meist wertvolle „Klimaoasen“ und innerstädtische Kaltluftproduzenten, jedoch ohne bedeutende Fernwirkung.

In der Planungshinweiskarte ist der Geltungsbereich als „lokal bedeutsamer Ausgleichsraum Park- und Grünanlagen“ (mit inselartigen Wohnflächen) dargestellt. Für Ausgleichsräume wird u.a. empfohlen, sie von Bebauung oder Versiegelung freizuhalten sowie Vegetationsstrukturen zu erhalten, auszubauen und miteinander zu vernetzen. Zukünftigen klimatischen Bedingungen solle bereits heute durch Auswahl geeigneter Pflanzen, bodenbedeckende Vegetation und differenzierende Mikroklimata Rechnung getragen werden. Die Vernetzung mit angrenzenden Siedlungsräumen sei insbesondere bei größeren Parks anzustreben. Einen lokalen Hinweis enthält die Karte mit dem Symbol „Keine weitere Verdichtung“: Bautätigkeiten seien hier nicht zu empfehlen, da eine Verdichtung die Regenerations- und Ausgleichsfunktion einschränken könnte.

Der Geltungsbereich wird durch die aktuelle Planung zum Park aufgewertet. Hatte bereits die bisherige Grünstruktur inmitten von Flächen mit Innenstadt-, Stadt- und Stadtrandklima eine ausgleichende Wirkung, werden Kühlung und Belüftung durch Entsiegelung und Neupflanzungen im Stadtpark mutmaßlich zunehmen. Dies ist nicht zuletzt deswegen von Bedeutung, da sich unmittelbar benachbart ein großer Wärmeinselbereich (Moerser Straße/Ottostraße/Ehrenstraße) mit Innenstadtklima und verringertem Luftaustausch befindet. Die Klimaaanalyse geht zudem davon aus, dass im Rahmen des globalen Klimawandels mit der Zunahme von thermischen Extremsituationen (Hitze) zu rechnen ist.

Mit dem Erhalt und der Ergänzung von Bäumen, der Auswahl klimaangepasster Pflanzungen und der Schaffung von Retentionsflächen werden Empfehlungen der Klimaaanalyse umgesetzt. Eine weitere Verdichtung ist nicht vorgesehen.

Hinsichtlich der Vorbelastungen durch Stickstoffdioxid kann auf die Messungen des LANUV zurückgegriffen werden. In unmittelbarer Nähe des Plangebiets, an der Moerser Straße, befindet sich eine Messstelle. Anfang 2024 betrug die Vorbelastung durch Stickstoffdioxid (NO₂) 21 µg und erreichte damit keinen gesundheitsschädlichen Wert.

Die Belastung durch Feinstaub (PM10) beträgt 18,6 µg und erreicht ebenfalls keine gesundheitsschädlichen Werte. Das Plangebiet liegt im Bereich des Luftreinhalteplans, konkret in der Umweltzone, für die u.a. die regionale Maßnahme R.15, die Vermeidung baulicher Strukturen mit unzureichender Belüftung, vorgesehen ist.

Bauliche Strukturen mit Wirkung auf die Belüftung sind keine Bestandteile der Stadtparkgestaltung. Das Vorhaben wird mutmaßlich dazu beitragen, dass sich Klima und Luftqualität verbessern.

6.1.5 Schutzgut Wasser

Im Plangebiet wird mit einem Teich innerhalb von Retentionsflächen ein Oberflächengewässer entstehen, das es bisher nicht gab.

Die Hydrogeologische Karte zeigt für Hochheide einen Grundwasserleiter mit sehr guter bis guter Porendurchlässigkeit und geringer Mächtigkeit. Das Plangebiet liegt nicht in einem Trinkwasserschutzgebiet.

Niederschlagswasser kann im Plangebiet, das überwiegend nicht versiegelt sein wird, versickert werden. Die Starkregenhinweiskarte NRW stellt bei einem extremen Starkregen im Plangebiet mehrere Wasserflächen mit Tiefen bis 50 cm und teilweise darüber hinaus dar. Den Auswirkungen von Starkregen wird u.a. durch die Anlage von Retentionsflächen begegnet. Das Volumen des Retentionsbeckens sowie einer -mulde beträgt ca. 218 m³ und kann eine entsprechend große Regenmenge aufnehmen.

Der Teil des Plangebietes mit einer geringen Hochwasserwahrscheinlichkeit liegt im Bereich von geplanten Retentionsflächen und Wiesen, sodass Gefahren und Schäden unwahrscheinlich sind.

6.1.6 Schutzgut Boden

Durch den Bau der Rheinpreussensiedlung Anfang des 20. Jahrhunderts, ihre Beseitigung für die „Weißen Riesen“ in den 1970er Jahren und die Abrisse von drei dieser Hochhäuser einschließlich Tiefgaragen sowie Erschließungen ist der Boden im Plangebiet vollständig menschlich überformt.

Zur Erkundung der Untergrundverhältnisse wurde eine Orientierende Gefährdungsabschätzung durchgeführt. In den Bohrungen wurde eine im Durchschnitt 1 bis 2 m mächtige Auffüllung aus umgelagerten Bodenmaterialien angetroffen, die in variierenden Anteilen Bauschuttreste sowie untergeordnet Schlacken bzw. Aschen und Kohlenbruch enthält. In verfüllten Keller-/Tiefgaragenbereichen der zurückgebauten „Weißen Riesen“ erreicht die Auffüllung auch größere Mächtigkeiten bis maximal rund 6 m. Sensorische Auffälligkeiten, die auf einen konkreten Schadstoffeintrag hinweisen würden, wurden mit Ausnahme der genannten anthropogenen Bestandteile in der Auffüllung nicht festgestellt.

In den untersuchten Oberflächenmischproben wurden unter Maßgabe aller durchgeführten Untersuchungen keine Überschreitungen von Prüfwerten der Bundesbodenschutzverordnung bzw. von gebietsbezogenen Beurteilungswerten, die für das Stadtgebiet von Duisburg abgeleitet wurden, festgestellt, selbst für die sensibelste Nutzung als Kinderspielfläche. Insgesamt liegen in den untersuchten Oberflächenmischproben keine Schadstoffgehalte vor, aus denen sich ein Gefährdungspotenzial über einen Direktkontakt ableiten ließe.

In den untersuchten Proben aus den auf dem Gelände lagernden Bodenmieten/Haufwerken wurden ebenfalls keine Überschreitungen von Prüfwerten der Bundesbodenschutzverordnung bzw. von gebietsbezogenen Beurteilungswerten, die für das Stadtgebiet von Duisburg abgeleitet wurden, festgestellt. Diese Bodenmaterialien können demnach im Rahmen der geplanten Maßnahmen vor Ort wieder verwendet werden.

Aus den insgesamt nur geringen LHKW- und BTEX-Gehalten (jeweils Gruppen von Kohlenwasserstoffen) in der Bodenluft ergeben sich keine Hinweise auf das Vorliegen von relevanten Anteilen an leichtflüchtigen Schadstoffen im Untergrund. Ein Gefährdungspotenzial über den Pfad Bodenluft ist nicht gegeben.

Aus den durchgeführten Untersuchungen ergeben sich keine Hinweise auf ein relevantes grundwasser-verfügbares Schadstoffpotenzial der am Standort vorhandenen Auffüllung. In untersuchten Proben aus der Auffüllung liegen nur vereinzelt leicht erhöhte Gehalte bei der Schadstoffgruppe der Polyzyklischen Aromatischen Kohlenwasserstoffe sowie bei den Schwermetallen Blei und Zink vor, die an Schlacken/Aschen gebunden sind. Eine Gefährdung geht von den ermittelten Schadstoffgehalten für den Wirkungspfad Boden-Grundwasser nicht aus. Zusätzliche Untersuchungen sind aus gutachterlicher Sicht bei den insgesamt nur geringen Feststoffgehalten nicht erforderlich.

Die Fläche wird auf Grundlage der Untersuchungen als ehemalige Verdachtsfläche mit dem Status „Verdacht generell ausgeräumt nach Gefährdungsabschätzung“ im Kataster über Altlasten und schädliche Bodenveränderungen der Stadt Duisburg geführt.

Zusätzlich zu der Orientierenden Gefährdungsabschätzung wurde ein Bodenmanagementkonzept für den gesamten Geltungsbereich erstellt, in dem der Umgang mit internen und externen Bodenmaterialien beschrieben wird. Auf die Umsetzung des abgestimmten Bodenmanagementkonzepts im Rahmen der nachgelagerten Genehmigungsplanung wird im Bebauungsplan hingewiesen. Die Umsetzung ist durch das überwiegende Flächeneigentum der Stadt Duisburg gesichert.

Der Versiegelungsgrad lag vor den Abrissen durch Gebäude, Erschließungen und Tiefgaragen bei etwa 33 % (ca. 17.000 m²). Im Stadtpark Hochheide wird die Versiegelung und Teilversiegelung durch Wege und Freizeiteinrichtungen bei rund 18 % (ca. 9.000 m²) liegen.

6.1.7 Schutzgut Fläche

Die Fläche des Bebauungsplanes ist seit Anfang des 20. Jahrhunderts bebaut. Sie war bis zum Abriss für die „Weißen Riesen“ Teil der Rheinpreussensiedlung, die im Zusammenhang mit der gleichnamigen Zeche angelegt wurde. Durch die Anlage des Stadtparks findet eine qualitative Aufwertung des Rückbau-bereiches statt. Unversiegelte Flächen sowie Grünstrukturen bleiben erhalten und werden in die Planung einbezogen. Der Stadtpark Hochheide stellt eine nachhaltige Nutzung der Fläche mit sozialen, ökologischen und gestalterischen Komponenten dar.

6.1.8 Schutzgut Kultur- und Sachgüter, Ortsbild

Kultur- und Sachgüter, Baudenkmäler sowie Hinweise auf Bodendenkmäler sind nicht vorhanden. Ein Hinweis zum möglichen Auftreten archäologischer Funde oder Befunde wird in den Bebauungsplan aufgenommen. Das Ortsbild, das bisher nur durch Hochhäuser und kaum gestaltete Abstandsflächen charakterisiert war, wird künftig durch einen gestalteten, vielfältig nutzbaren und ökologisch wertvollen Park bestimmt.

Durch Umweltbildungsangebote sollen Maßnahmen im Park verständlich und Verhaltensänderungen angestoßen werden, etwa durch das pädagogische Konzept eines „Blau-Grünen Klassenzimmers“, in dem die Themen Wasser, Biodiversität und Artenschutz niederschwellig und praktisch vermittelt werden können.

6.1.9 Wechselwirkungen zwischen den Umweltbelangen

Folgende Wechselwirkungen sind insbesondere bedeutsam:

Pflanzen – Klima – Mensch

Der Umbau des Hochhausquartiers in einen Stadtpark bildet das zentrale Element für diese und weitere Wechselwirkungen. Die Reduzierung der Baumasse und Entsiegelungen schaffen die Voraussetzung für umfangreiche Anpflanzungen; der Gehölzbestand wird durch Neupflanzungen wesentlich erhöht. Muthmaßlich wird sich hierdurch sowie durch Retentionsflächen und den Abbau von Windbarrieren das lokale Klima in Richtung Stadtrandklima bzw. Parkklima positiv verändern. Dies und die Reduktion von Wärmeinseln tragen zu einer gesünderen Umgebung in Bezug auf das Mikroklima bei.

Pflanzen – Tiere

Der Stadtpark Hochheide bietet durch seine Größe die Möglichkeit, Bereiche mit unterschiedlicher Nutzungsintensität zu bilden. In Bezug auf die Wechselwirkung Pflanzen – Tiere gehört hierzu u.a. die randliche Unterpflanzung von Gehölzen. Durch die Aufwertung der Rasen- in Kraut- und Wiesenflächen wird ein Beitrag zur Steigerung der Biodiversität geleistet. Um mehr Brut- und Nistplätze anzubieten, werden klimaresiliente Arten gepflanzt, die vor allem für die heimische Fauna einen Lebensraum bieten. Futterquellen für Insekten und Vögel werden dadurch das ganze Jahr über zur Verfügung stehen.

Ortsbild – Mensch

Das Ortsbild, das bisher durch Hochhausscheiben und kaum gestaltete Abstandsflächen charakterisiert war, wird künftig durch einen gestalteten, vielfältig nutzbaren und ökologisch wertvollen Park bestimmt. Nicht nur die Qualität der Parkfläche, sondern auch die der umgebenden Wohngebiete und ihre Akzeptanz können sich dadurch verbessern.

6.2 Bewertung der zu erwartenden Auswirkungen

Mit der Entsiegelung, Bepflanzung, besserer Durchlüftung sowie Qualifizierung als Aufenthaltsraum sind positive Auswirkungen auf die Umwelt und die Schutzgüter verbunden.

Die Bedingungen für die Nutzung als Aufenthaltsort, sei es zur Erholung, aktiven Betätigung oder zum Durchqueren zu Fuß und per Rad, verbessern sich deutlich. Lärmbelastungen, die durch Freizeitsport neu im Plangebiet auftreten, müssen verträglich mit der umgebenden Wohnnutzung sein.

Die zahlreichen und differenzierten Neupflanzungen wirken sich nicht nur auf die Flora positiv aus, sondern auch auf den Boden, das Klima, die heimische Fauna, die Flächennutzung und das Ortsbild.

Durch überwiegend unversiegelte Flächen ist die Versickerung des Regenwassers im Gebiet möglich. Retentionsflächen und die Oberflächengestaltung bieten gute Voraussetzungen zur Bewältigung auch von Starkregenereignissen.

7 Auswirkungen der Planung auf Gebiete außerhalb des Geltungsbereiches

7.1 Allgemeines

Die Umsetzung der Planung zieht potenziell Auswirkungen auf die Umgebung des Geltungsbereiches nach sich. Durch die Nutzung des Stadtparks sind die Entstehung von Verkehr und die Nachfrage nach Besucherparkplätzen zu erwarten, die in die Abwägung einzustellen sind. Daher werden in Kapitel 7.2 entsprechende Auswirkungen untersucht, wobei die vorliegende Parkraumerhebung einbezogen wurde.

Hinsichtlich der Wirkung von Schallemissionen auf die Umgebung durch Freizeitanlagen wurde eine schalltechnische Untersuchung erstellt, in der grundsätzlich die Möglichkeit von Anlagen für den Freizeitsport geprüft wurde. Hierzu finden sich in Kapitel 7.3 Erläuterungen. Bei der Realisierung ist künftig im Einzelfall zu prüfen, ob eine Anlage allen öffentlich-rechtlichen Vorschriften entspricht.

7.2 Auswirkungen durch Verkehr

Der Stadtpark Hochheide richtet sich mit seinen Erholungs- und Freizeitangeboten vorwiegend an die Bevölkerung im Umfeld des Parks. Die Einbettung in das Quartier und die Orientierung an den Bedürfnissen der umgebenden Öffentlichkeit sind von Beginn an Merkmale der Planung. Insofern ist damit zu rechnen, dass der unmittelbare Austausch zwischen Stadtpark und Wohngebieten, somit der kurze Weg zu Fuß oder per Rad, der Normalfall für die Erreichbarkeit sein wird. Nichtsdestotrotz gibt es für den Stadtpark ein Konzept zur verkehrlichen Erschließung (siehe Kapitel 4.2), dessen Auswirkungen auf die Umgebung des Plangebietes abzuschätzen sind. Als plausible Grundlage hierfür wird die Entwurfsplanung „Stadtteilpark Duisburg-Hochheide“ gewählt.

Einige Bereiche des Parks, insgesamt 0,6 ha, können hinsichtlich des Verkehrs außer Betracht bleiben, da sie aller Voraussicht nach zu nur kleinräumigem Fußgängerverkehr führen werden: Kleinkinderspielflächen, Anwohnergärten und Urban Gardening-Flächen, Hundewiese, Retentionsflächen, die sich nicht oder wenig zum Aufenthalt eignen.

Darüber hinaus jedoch soll der Stadtpark Hochheide den gesamten Ortsteil Hochheide ansprechen (vgl. ISEK 2022) und es ist davon auszugehen, dass er durch seine Freizeit- und Erholungsangebote für benachbarte Gebiete attraktiv sein wird. Damit werden in der Umgebung des Stadtparks Verkehre ausgelöst, die im Vergleich zur bisherigen Nutzung (Wohnen, Grünverbinding) zu berücksichtigen sind:

- Fußgängerverkehr zu und von den wichtigsten Zugängen, auf Routen ins Quartier sowie von und zu den Bushaltestellen
- Radverkehr zu und von den wichtigsten Zugängen sowie entlang der Ost-West-Achse
- Nutzung von Buslinien
- in gewissem Umfang auch Kfz-Verkehr. Damit verbunden ist die Nachfrage nach Parkplätzen. (Die Zugänglichkeit des Parks für Wartungs-, Entsorgungs- und Rettungsfahrzeuge spielt dabei für die verkehrlichen Annahmen keine Rolle).

Annahmen zur Frequentierung des Stadtparks

Um die Auswirkungen auf das umgebende Verkehrsnetz abzuschätzen, sind Annahmen zur Frequentierung des Parks erforderlich. Je nach Tages- und Jahreszeit wird es wohl große Schwankungen geben. Als „Worst Case“-Szenario, mit dem allerdings nur an wenigen Tagen im Jahr zu rechnen ist, wird ein Spätnachmittag im Sommer angenommen, an dem viele Menschen frei haben, die Angebote nachfragen, spazieren gehen oder Rad fahren. Als Spitzenstunde für den entstehenden Verkehr wird eine Anreisezeit zwischen 16.00 und 17.00 Uhr angenommen

Sonderveranstaltungen mit zeitlich, lokal oder verkehrstechnisch speziellen Auswirkungen werden hier nicht betrachtet. Diese werden die Ausnahme bleiben und sind dann individuell zu untersuchen.

Der Literatur (Bosserhoff: Integration von Verkehrsplanung und räumlicher Planung, Programm Ver_Bau) lassen sich Angaben zur Nutzungsintensität von Parks und Freizeitangeboten entnehmen. Folgende Kategorien sind auf den Stadtpark Hochheide übertragbar:

- „Parkanlagen“ (3-6 Personen je 100 m²): Die Kategorie „Parkanlage“ wird für den überwiegenden Teil der Parkfläche angenommen. Die Flächengröße beträgt 3,6 ha. Es wird mit dem unteren Wert von drei Personen je 100 m² gerechnet, da es sich um einen vorstädtischen Park mit großen Wiesen und Baumgruppen handelt, der nicht so intensiv genutzt wird wie z.B. Parks inmitten einer Metropole. Daraus ergibt sich, dass sich im gewählten Spitzenzeitraum ca. 1.000 Personen hier aufhalten
- „Kleine und mittlere Spielplätze“ (5-15 Personen je 100 m²): Die Kategorie wird für Spielplätze angewandt, und zwar auf 0,1 ha Fläche. Es wird der untere Wert von fünf Personen je 100 m² angenommen, da es sich überwiegend um Spielplätze mit Pflanzungen handelt. Dies ergibt ca. 50 Personen als Maximum
- Für Freizeitsportanlagen gibt es keine Kategorie nach Bosserhoff. Daher wird eine eigene Kategorie (0,8 ha) mit zwei Personen je 100 m² gebildet. Damit ist hier mit maximal 150 Personen zu rechnen

Zusammenfassung zur Frequentierung des Stadtparks:

Fläche/Flächenkategorie	Größe/ha	Personen je 100 m ²	Personen, gerundet
Kategorie Parkanlage	3,6	3	1.000
Kategorie Spielplätze	0,1	5	50
Kategorie Freizeitsportanlagen	0,8	2	150
Für Verkehrserzeugung relevante Flächen insg.	4,5	-	1.200

Annahmen zur Verkehrsmittelwahl

Bis zu 1.200 Personen werden sich maximal innerhalb einer Stunde zum bzw. vom Stadtpark Hochheide bewegen. Bezüglich der Verkehrsmittelwahl wird aufgrund der Lage und Rolle des Parks hauptsächlich von Fuß- und Radverkehr ausgegangen sowie zunehmend von der Nutzung der öffentlichen Buslinien. Das heutige Fahrtenangebot ist leistungsfähig; die Fahrplankartung oder Linienführung kann aber zu gegebener Zeit überprüft werden. Zu rechnen ist weiter mit einem Anteil an Kfz-Verkehr.

Die Verkehrsmittelwahl hängt mit der Altersgruppe zusammen. Es werden folgende Annahmen getroffen:

	Kinder 6-12	Jugendliche 13-18	Junge Erwachsene 19-25	Erwachsene 26+
Zu Fuß	65 %	60 %	50 %	45%
Fahrrad	30 %	30 %	35 %	30%
ÖPNV/Bus	5 %	10 %	10 %	15 %
Kfz	-	-	5 %	10%

Bei der Verteilung der Altersgruppen wird angenommen, dass sie, bezogen auf die Kategorie „Parkanlage“, der Verteilung im Ortsteil Hochheide (31.12.2021) entspricht. Bezüglich der Kategorien „Spielplätze“ und „Freizeitsportanlagen“ wird von einem jüngeren Publikum als durchschnittlich ausgegangen, und zwar von jeweils einem Viertel Kindern, Jugendlichen, Jungen Erwachsenen und Erwachsenen:

	Kinder 6-12		Jugendliche 13-18		Junge Erwachsene 19-25		Erwachsene 26+	
Kategorie Parkanlage	7 %	75 P.	5 %	54 P.	8 %	86 P.	74 %	796 P.
Kategorie Spielplätze	25 %	14 P.	25 %	14 P.	25 %	14 P.	25 %	14 P.
Kategorie Freizeitsportanlagen	25 %	38 P.	25 %	38 P.	25 %	38 P.	25 %	38 P.
Insgesamt	127 Personen		106 Personen		138 Personen		848 Personen	

Verknüpft man die Annahmen zur Verkehrsmittelwahl mit denen zur Anzahl der Personen je Altersgruppe, ergibt sich, dass innerhalb der angenommenen Spitzenstunde rund

- 600 - 700 Personen zu Fuß
- 300 - 400 Personen per Fahrrad
- 100 Personen per ÖPNV/Bus und zu Fuß von den Haltestellen
- 100 Personen per Kfz (, d.h., rund 85 Kfz bei einem Besetzungsgrad von 1,2 Pers./Pkw)

den Stadtpark Hochheide erreichen wollen.

Gemäß der Entwurfsplanung hat der Stadtpark Hochheide vier große Zugangsbereiche: an der Kirchstraße, der Husemannstraße, der Ottostraße und dem Bürgermeister-Bongartz-Platz. Wegen der Lage des Stadtparks Hochheide inmitten des Ortsteils und an mehreren Bushaltestellen wird angenommen, dass die Hauptzugänge gleichmäßig, also zu je einem Viertel, genutzt werden.

Auswirkungen durch die verschiedenen Verkehrsmittel auf das umgebende Verkehrsnetz

Fußverkehr

Das Aufkommen von bis zu 200 Fußgängerinnen und Fußgängern, die jeden Haupteingangsbereich innerhalb der Spitzenstunde erreichen, kann durch die umgebenden Fußwege bewältigt werden und löst keine verkehrsbaulichen Maßnahmen aus. Die Zugänge sind überwiegend aufgefächert, was eine Streuung, auch hinsichtlich der Querung der umgebenden Straßen, bewirken wird.

Empfehlenswert ist jedoch, die Vorschläge zur Attraktivierung des Fußverkehrs aus dem Rahmenplan und dem ISEK 2022 aufzugreifen, unter anderem zu den Querungshilfen an der Kirchstraße/Luisenstraße (Glückauf-Halle), an der Ottostraße und an der Husemannstraße. In der Spitzenstunde kann hier jeweils mit 50 bis 100 Personen gerechnet werden, die diese Straßen queren. Der Umbau des Bürgermeister-Bongartz-Platzes und die Verkehrsberuhigung der Ottostraße (nördlich der Moerser Straße) können zur optimierten Verknüpfung des Stadtparks Hochheide mit dem Fußwegenetz beitragen.

Fahrradverkehr

Für den Fahrradverkehr gilt, vergleichbar dem Fußverkehr, dass ein Aufkommen von rund 100 Rädern je Eingang innerhalb der Spitzenstunde keine verpflichtenden Maßnahmen im Verkehrsnetz auslöst. Es gilt eher, durch flankierende Maßnahmen den Gebrauch des Fahrrads zu sichern und zu fördern.

Hierzu gehören die Bildung eines stadtteilweiten Fahrradrouutenkonzepts mit Lückenschlüssen, insbesondere die Attraktivierung des Bürgermeister-Bongartz-Platzes und der Ottostraße für den Radverkehr sowie der Umbau des Marktplatzes zum umweltfreundlichen Mobilitäts-Hub mit Fahrrad-Leihstation.

Innerhalb des Stadtparks Hochheide ist gemäß Entwurfsplanung die Herstellung der Hauptwege fahrradfreundlich in Asphalt geplant. Abstellanlagen für Fahrräder sind in der Nähe der Eingänge und dezentral an mehreren Stellen im Park vorgesehen. Berücksichtigung sollten dabei auch Scooter finden. Dies wird Bestandteil der späteren Ausführungsplanung werden, jedoch nicht als Bebauungsplan-Festsetzung.

Öffentlicher Nahverkehr

Der Ortsteil Hochheide ist mit Buslinien an das Duisburger Stadtzentrum und die Stadt Moers angebunden. Im Einzugsbereich des Stadtparks Hochheide liegen die Haltestellen Ottostraße, Hochheide Markt und Prinzenstraße. Der Busverkehr wird für das Erreichen des Parks voraussichtlich eine wachsende Rolle spielen, schätzungsweise bis zu einem Umfang von fünfzehn Prozent. Das entsprechende Fahrgastaufkommen ist durch das bereits leistungsfähige Angebot zu bewältigen. Schlussfolgerungen für die künftige Kapazität und das Liniennetz sind aus der Einrichtung des Stadtparks Hochheide vorerst nicht zu ziehen. Die Nutzung des umweltfreundlichen ÖPNV sollte unterstützt werden. Prioritär ist in diesem Zusammenhang die Umgestaltung des Marktplatzes zu einer Mobilitätsstation zu nennen. Alle Haltestellen sollen, wo noch nicht geschehen, barrierefrei ausgebaut und sicher erreichbar sein. Diese Anliegen decken sich mit den Empfehlungen zum Fuß- und Radverkehr, etwa zur Querungshilfe an der Kirchstraße/Luisenstraße und zum Umbau des Bürgermeister-Bongartz-Platzes, aus dem Rahmenplan und dem ISEK 2022.

Kraftfahrzeugverkehr

Auch die Benutzung des Kraftfahrzeugs wird voraussichtlich für das Erreichen des Stadtparks Hochheide eine Rolle spielen, wenn auch eine untergeordnete. Das zusätzliche Aufkommen von etwa 85 Fahrzeugen in der Spitzenstunde ist durch das umgebende Verkehrsnetz ohne weiteres zu bewältigen. Allerdings ist die Nachfrage nach Parkplätzen zu beachten. Zwar sollte die Nutzung des Kraftfahrzeugs zum Erreichen des Stadtparks keinesfalls unterstützt werden; ein bestimmter Anteil wird aber nicht zu vermeiden sein und damit der Umgang mit der Parkplatznachfrage zu klären.

Bei der Parkraumerhebung 2021 ist für Hochheide grundsätzlich kein Mangel an öffentlichen Parkplätzen festgestellt worden. Allerdings wurde Parkdruck in Wohnstraßen in den Abendstunden konstatiert. Der späte Nachmittag und frühe Abend ist auch der Zeitraum, in dem der Stadtpark Hochheide voraussichtlich, abhängig von Jahreszeit und Wetter, am meisten frequentiert wird. Auf den tangierenden Straßen (Kirchstraße, Husemannstraße und Ottostraße), ist, jedoch nur im „Worst Case“ an wenigen Tagen im Jahr, mit einer Nachfrage nach bis zu 25 Parkplätzen zu rechnen. Da die Ottostraße die längste Berührung mit dem Stadtpark hat, kann hier eine Nachfrage nach bis zu 30 Parkplätzen, ebenfalls nur in seltenen Fällen, erwartet werden. Gemäß Parkraumerhebung weist die Ottostraße am Abend sehr hohen Parkdruck auf. Die konkreten Verhältnisse sollten daher beobachtet und gegebenenfalls mit geeigneten Maßnahmen reagiert werden. Tagsüber sind Parkmöglichkeiten, auch etwa für Handwerker, vorhanden.

Entlang der Kirchstraße wurde ebenso sehr hoher Parkdruck festgestellt. In der Husemannstraße sind genügend Reserven für die Parkplatznachfrage im erwarteten Ausmaß vorhanden. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die tangierenden Straßen nicht vollständig die Nachfrage nach Parkplätzen in einem „Worst Case“ befriedigen können; dies ist auch kein planerisches Ziel. Ein Monitoring kann gegebenenfalls zu nachgelagerten Maßnahmen führen.

Die Parkplatzanlagen an der Kirchstraße und an der Glückauf-Halle stellen jedoch ein ausreichendes Angebot dar, die nur 150 bzw. 250 Meter vom nächsten Parkeingang entfernt liegen.

Die an Wochentagen tagsüber vorhandenen Parkplätze an der Ladenstadt werden hier nicht berücksichtigt, da sie jedenfalls am Wochenende geschlossen sind. Ebenso wenig werden der Bürgermeister-Bongartz-Platz und der Marktplatz als mögliche öffentliche Parkplätze betrachtet, da sie künftig durch Umbau nicht mehr zur Verfügung stehen werden.

Zusammenfassung

Der Stadtpark Hochheide wird voraussichtlich Verkehre auslösen, die über seine unmittelbare Umgebung hinausgehen und daher in ihren Auswirkungen zu berücksichtigen sind. Die weitaus größten Anteile, zusammen etwa 90 %, werden voraussichtlich der Fuß-, Fahrrad- und öffentliche Verkehr haben. Die zu erwartenden Verkehrsmengen an den Zugängen resultieren aus einer Anzahl von 1.200 Besucherinnen und Besuchern als Maximum an wenigen Tagen im Jahr.

Grundsätzlich ist das umgebende Verkehrsnetz genügend leistungsfähig für die Abwicklung der zusätzlichen Verkehre auf Grund des Parkbesuchs, des Spazierengehens oder Radfahrens: Auf derselben Fläche befanden sich früher achthundert Wohnungen und eine Rolle als Grünverbindung war bereits vor der Planung für den Stadtpark gegeben. Bezüglich des Straßennetzes ist eine lokale Überdimensionierung vorhanden. Insofern liegt bei der Betrachtung der Auswirkungen der Fokus auf der Verteilung nach Verkehrsarten und ihren jeweiligen Anforderungen, neuen räumlichen Beziehungen und Trends bei der Mobilität im Allgemeinen.

Das prognostizierte Aufkommen des Fuß- und Fahrradverkehrs ist vom umgebenden Netz gut aufnehmbar und löst keine abwägungsrelevanten Anpassungen organisatorischer oder baulicher Art aus. Das öffentliche Busnetz ist leistungsfähig und kann die zusätzliche Nachfrage gewährleisten. Der Ausbau der Haltestellen und die Verknüpfung mit anderen umweltfreundlichen Verkehrsarten können dessen Rolle weiter stärken.

Der Kraftfahrzeugverkehr spielt eine untergeordnete Rolle und ist im vorhandenen Netz problemlos abwickelbar. Einzuordnen ist die Nachfrage nach Parkplätzen in einer Größenordnung von bis zu 85 Fahrzeugen im Extremfall. Zwar liegt in Hochheide generell kein Mangel an öffentlichen Parkplätzen vor; da die größte Frequentierung des Stadtparks jedoch spätnachmittags und am frühen Abend angenommen wird, sind Konflikte in Straßen, in denen es abends Parkdruck gibt, an wenigen Tagen im Jahr nicht ausgeschlossen. Halböffentliche Parkplätze an Geschäften sind am Wochenende geschlossen. Durch den sinnvollen Umbau des Bürgermeister-Bongartz-Platzes und des Marktplatzes mit dem entsprechenden Entfall von öffentlichen Parkplätzen wird im Umfeld des Stadtparks die Zahl der öffentlichen Parkplätze zurück gehen. Die erwartete maximale Nachfrage ist jedoch auf den Parkplätzen an der Kirchstraße und an der Glückauf-Halle darstellbar. Die Benutzung des Kraftfahrzeugs sollte keineswegs unterstützt oder erleichtert werden.

Fazit

Entsprechend seinen ökologischen, klimatischen und sozialen Zielsetzungen sollte die Erreichbarkeit des Stadtparks Hochheide zu Fuß oder mit umweltfreundlichen Verkehrsmitteln als Daueraufgabe begriffen werden. Die öffentlichen Räume in der Umgebung bieten zahlreiche Reserven zum Ausbau der Fuß-, Radweg- und ÖPNV-Infrastruktur. Parkplätze für Kraftfahrzeuge sollten nur im unbedingt nötigen Ausmaß und möglichst auf vorhandenen Parkplatzanlagen angeboten werden. Die Unterbringung der Fahrzeuge von Anwohner/innen sollte auf privaten Stellplätzen erfolgen.

7.3 Auswirkungen durch Schallimissionen

Allgemeines

In der Öffentlichen Grünfläche 1 sind, wie die Zweckbestimmung aussagt, unter anderem Anlagen für den Freizeitsport zulässig. Durch die Lage in Nachbarschaft zu schützenswerten Nutzungen, insbesondere dem Wohnen, wurde eine schalltechnische Untersuchung erstellt, um zu prüfen, ob bzw. welche Anlagen immissionsschutzrechtlich relevant sind und ob Konflikte mit den benachbarten Nutzungen zu erwarten sind.

Die schalltechnische Untersuchung ist keine Grundlage für ein nachgelagertes Genehmigungsverfahren, sondern soll im Sinne einer Machbarkeitsstudie die Vollziehbarkeit des Bebauungsplans prüfen und

nachweisen. Im Bebauungsplan werden die konkrete Lage und Beschaffenheit von Freizeitsportanlagen nicht festgesetzt. Dies wird in der Begründung zur Öffentlichen Grünfläche 1 in Kapitel 5.2.2 erläutert: Die Gestaltung der Grünfläche folgt der beschlossenen Entwurfsplanung. Langfristige Anpassungen bei der Anordnung und Ausführung der Freizeitanlagen sollen nicht ausgeschlossen sein. Bei der Realisierung ist künftig im Einzelfall zu prüfen, ob eine Anlage allen öffentlich-rechtlichen Vorschriften entspricht.

Für Freizeitanlagen (nicht genehmigungsbedürftige Anlagen) gilt die allgemeine Grundpflicht aus § 22 Abs. 1 BImSchG, wonach schädliche Umwelteinwirkungen zu vermeiden oder zu vermindern sind, soweit dies nach dem Stand der Technik möglich ist; unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen sind auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die Beachtung dieser Pflicht kann im nachgeordneten Zulassungsverfahren und durch Anordnungen nach § 24 BImSchG durchgesetzt werden. Sollte sich zu einem späteren Zeitpunkt ein schalltechnischer Konflikt herauskristalisieren, besteht die Möglichkeit der weiteren Reglementierung durch die Aufsichts- bzw. Überwachungsbehörde.

Grundlagen

Die in der landschaftsplanerischen Entwurfsplanung im Bereich der Öffentlichen Grünfläche 1 vorgesehenen Anlagen wurden als realistische Grundlage für eine Betrachtung angenommen, im Einzelnen: Boulderfelsen, Boulebahnen, Boxsäcke, Calisthenics-Anlage, Kletterwand, Liegewiesen, Tischtennisplatten, Trampolin, Trimm-Dich-Stationen, Pumptrack, Kinder-Pumptrack, Streetballfeld und Spielplätze. Die Anlagen werden von der Stadt Duisburg geplant und errichtet.

Die rechtliche Einordnung der Anlagen kann nicht eindeutig entweder

- nach dem so genannten Freizeitlärm-Erlass (Runderlass des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz –V-5–8827.5– (V Nr.) vom 23.10.2006: Messung, Beurteilung und Verminderung von Geräuschimmissionen bei Freizeitanlagen)

oder

- der Sportanlagenlärmschutzverordnung (Achtzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes - 18. BImSchV)

vorgenommen werden.

Auf den Anlagen wird zwar Sport betrieben, jedoch finden unter anderem weder Training noch Wettkämpfe statt, wie sie für Sportanlagen charakteristisch sind. Es sind keine Tribünen, keine Lautsprecher und keine Beleuchtung vorgesehen. Die Stadt Duisburg besitzt das Hausrecht.

Da es sich um ein offenes Angebot in einem Stadtpark handelt, welches Kindern, Jugendlichen sowie Erwachsenen frei zur Verfügung steht, erscheint die Zuordnung zur Freizeitlärmrichtlinie naheliegender als die Beurteilung nach Sportanlagenlärmschutzverordnung. Weil die Aktivitäten jedoch sportlich geprägt sind, können die Anlagen auch nach der Sportanlagenlärmschutzverordnung beurteilt werden. Daher erfolgt für die Abwägung die Betrachtung unter beiden Richtlinien/Verordnungen.

Signifikanz der Geräuschquellen

Das Streetballfeld wird vom Gutachter als signifikante Geräuschquelle betrachtet. Für die Nutzung der beiden Pumptracks werden keine maßgeblichen Schallemissionen erwartet, sodass diese bei der schalltechnischen Betrachtung unberücksichtigt bleiben. Lediglich im Bereich der größeren Pumptrack-Strecke wurden zehn Zuschauer berücksichtigt, von denen die Hälfte als permanent sprechend mit einem Schallleistungspegel von 90 dB(A) berücksichtigt wurden. Der Schallleistungspegel entspricht den Empfehlungen der VDI 3770 „Emissionskennwerte von Schallquellen (Sport- und Freizeitanlagen)“ für lautes Rufen.

Mit Ausnahme des Streetballfeldes und der Pumptrack-Kommunikation sind demnach bei der Nutzung der Freizeitsportanlagen keine besonderen schallimmissionsrelevanten Geräusche zu erwarten. Eine schalltechnische Betrachtung des Spielplatzes erfolgt nicht, da Geräusche einer Spielplatznutzung als sozialadäquat einzustufen und somit für den Bereich des Schallimmissionsschutzes nicht beurteilungsrelevant sind (§ 22 Abs. 1a BImSchG).

Bei den übrigen Nutzungsangeboten werden, wie erwähnt, keine signifikanten Schallemissionen erwartet. Es ist lediglich mit üblichen Kommunikationsgeräuschen zu rechnen, die keine Prognose erforderlich

machen. Im Bereich der größeren Pumptrack-Strecke wurden zehn Personen als Zuschauer angesetzt, wovon die Hälfte permanent spricht. Als Schallleistungspegel nach VDI 3770 „Emissionskennwerte von Schallquellen“ wurde „lautes Rufen“ mit einem Wert von 90 dB(A) berücksichtigt.

Nordöstlich des größeren Pumptracks ist eine kleine Pumptrackfläche für Kinder/Jugendliche vorgesehen, von der keine immissionsrelevanten Geräusche erwartet werden. Aufgrund der geringen Größe der Fläche und Streckenlänge wird davon ausgegangen, dass im Regelfall keine Zuschauer an der Strecke stehen, sondern diese eher an der großen Strecke stehen und zusehen. Die kleine Pumptrackfläche wird eher als „Anfängerstrecke“ gesehen, auf der nur die Grundzüge des Fahrens erlernt und geübt werden.

Weitere Kommunikationsgeräusche wurden nicht berücksichtigt, da es sich bei den übrigen Freizeitsportangeboten (vgl. Aufzählung oben) um verstreute und ruhige Nutzungen handelt, bei denen wenig oder auch gar nicht gesprochen wird.

Ergebnisse der Berechnung

Wie oben ausgeführt, erfolgte eine Betrachtung nach Freizeitlärmrichtlinie und nach Sportanlagenlärmschutzverordnung. Die schalltechnische Berechnung wurde für alle immissionsrelevanten Immissionspunkte durchgeführt.

Die Beurteilung nach der Freizeitlärmrichtlinie ergibt an einem von sechs maßgeblichen Immissionsorten, Kirchstraße 122, eine Überschreitung des Immissionsrichtwertes innerhalb und außerhalb der Ruhezeiten um 1 dB.

Die Beurteilung nach der Sportanlagenlärmschutzverordnung ergibt nicht nur die Einhaltung der Immissionsrichtwerte an demselben Immissionsort, sondern eine Unterschreitung des Immissionsrichtwertes um 4 dB.

Durch die schalltechnische Untersuchung wird nachgewiesen, dass Freizeitsportanlagen, wie sie in der Öffentlichen Grünfläche 1 entstehen sollen, unter Berücksichtigung der umgebenden Nutzungen immissionsschutzrechtlich realisierbar sind und der Bebauungsplan damit vollziehbar ist. Als signifikante Geräuschquellen wurden das Streetballfeld und Kommunikationsgeräusche am größeren Pumptrack identifiziert. Im Rahmen der gegenseitigen Rücksichtnahme ist die Überschreitung nach Freizeitlärmrichtlinie an einem einzigen von sechs Immissionsorten um 1 dB tolerierbar. Bei einer Beurteilung nach der 18. BimSchV werden alle Immissionsrichtwerte deutlich unterschritten.

In der Öffentlichen Grünfläche 2 sind keine Anlagen vorgesehen, die unter die Freizeitlärmrichtlinie oder die Sportanlagenlärmschutzverordnung fallen. Die geplante Hundewiese ist keine Freizeitanlage und fällt somit nicht unter die Freizeitlärmrichtlinie.

8 Hinweise

Allee

Im Geltungsbereich befindet sich eine Allee gemäß § 41 Abs. 4 LNatSchG NRW, siehe Planzeichnung

Artenschutz

Die Beseitigung von Gehölzen, auch Hecken, Gebüsch etc. ist gemäß § 39 Abs. 5 Bundesnaturschutzgesetz nur zwischen dem 1. Oktober und Ende Februar zulässig.

Im Falle der Rodung von Bäumen ist maximal zwei Tage vor der Rodung durch einen Fachgutachter zu prüfen, ob Höhlenbäume betroffen sind. Sollten Höhlungen in zu rodenden Bäumen vorhanden sein, sind diese (ggf. mittels Endoskop) auf Besatz zu prüfen. Die Fällung solcher Bäume ist in frostfreien Perioden außerhalb der Brut- und Setzzeit (Winterhalbjahr) durchzuführen. Für die Fällung von Höhlenbäumen ist eine ökologische Baubegleitung einzurichten.

Sollten während der Arbeiten Tiere (z.B. Fledermäuse) aufgefunden werden, so sind die weiteren Arbeiten einzustellen. Zur fachgerechten Versorgung der Tiere ist ein Tierarzt (z.B. Tierklinik Kaiserberg) oder der Zoo Duisburg oder die Untere Naturschutzbehörde der Stadt Duisburg zu verständigen.

Der Fund von Fledermausquartieren ist in jedem Falle unverzüglich der Unteren Naturschutzbehörde zu melden.

Der Verlust von Fledermausquartieren ist in Absprache mit der zuständigen Behörde durch das fachgerechte Anbringen von Fledermauskästen an geeigneter Stelle auszugleichen.

Bodendenkmäler

Beim Auftreten archäologischer Bodenfunde und Befunde ist die Stadt Duisburg als Untere Denkmalbehörde oder das LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Außenstelle Xanten, unverzüglich zu informieren. Bodendenkmal und Entdeckungsstätte sind bis zum Ablauf von einer Woche nach der Anzeige unverändert zu belassen (§16 DSchG NRW).

Bodenmanagementkonzept

Bei baubedingten Bodenumlagerungen im Rahmen der nachgelagerten Genehmigungsplanung ist das Bodenmanagementkonzept der HYDR.O. Geologen und Ingenieure GmbH vom 03.12.2024 umzusetzen.

Sicherheit gegen Überflutung

Gemäß DIN 1986 – 100 Punkt 14.9.3 ist für Grundstücksflächen mit bis zu 200 ha abflusswirksamer Fläche die Überprüfung der Sicherheit gegen Überflutung bzw. einer kontrollierten schadlosen Überflutung in Anlehnung an DIN EN 752 durchzuführen.

Rückstauenebene

Die Höhe der Rückstauenebene gemäß der Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Duisburg ist zu beachten. Unter der Rückstauenebene liegende Flächen des Gebietes müssen gegen Rückstau und Grundstücksüberflutungen gesichert werden. Die Höhe der Rückstauenebene wird auf Geländeoberkante der Einleitungsstelle zuzüglich 20 cm festgelegt.

Wald

Gemäß § 14 BWaldG und § 2 LFoG NRW ist das Betreten des Waldes zum Zwecke der Erholung gestattet. Das Radfahren, das Fahren mit Krankenfahrstühlen und das Reiten ist nur auf Straßen und Wegen gestattet. Die Benutzung geschieht auf eigene Gefahr. Dies gilt insbesondere für natur- und walddtypische Gefahren. Zu diesen zählen vornehmlich solche, die von lebenden und toten Bäumen, sonstigem Aufwuchs oder natürlichem Bodenzustand ausgehen oder aus der ordnungsgemäßen Bewirtschaftung des Waldes entstehen.

Der Landesbetrieb Wald und Holz weist nachrichtlich darauf hin, dass im Bereich von Erholungseinrichtungen wie Bänken oder Spielgeräten die Befreiung des Waldbesitzers von der Haftung für walddtypische Gefahren gem. § 2 LFoG nach Auffassung der Gerichte aufgrund der in diesen Bereichen erfolgenden Besucherlenkung und -konzentration in der Regel nicht greift. In diesen Bereichen ist gemäß der laufenden Rechtsprechung von einer privatrechtlichen Verkehrssicherungspflicht des Waldbesitzers für Gefahren, die z.B. durch Totholz oder schadhafte Bäume für die Nutzerinnen und Nutzer der Anlagen bestehen, auszugehen. Zur Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht wird empfohlen, den Baumbestand im unmittelbaren Umfeld der Einrichtungen (Gefahrenbereich) in einem regelmäßigen Kontrollturnus zu überprüfen, um erkannte Gefahren rechtzeitig beseitigen zu können. In Anlehnung an das Vorgehen im Staatswald NRW empfiehlt sich bei regulären Verhältnissen (etwa außerhalb von Sturmereignissen oder extremen Dürrephasen, die ein erhöhtes Gefahrenpotenzial erwarten lassen) z.B. ein Regeltturnus von 18 Monaten zwecks wechselnder Kontrolle im belaubten und unbelaubten Zustand.

Vorhandene Leitungen

Innerhalb des Plangebietes sind unterirdisch Fernwärmeleitungen, ein Kanal, Strom- und Beleuchtungskabel sowie Telekommunikationslinien vorhanden. Diese liegen innerhalb öffentlicher Grundstücke und werden von der Eigentümerdienststelle geduldet. Der Bestand des Kanals und der Leitungen bleibt bestehen, wobei Ergänzungen oder Änderungen im Einvernehmen mit der jeweiligen Betreiberin unbenommen sind. Die Lagen und gegebenenfalls Schutzstreifen der vorhandenen Leitungen und des Kanals werden als Hinweis (L 1 bis L 8) in den Bebauungsplan aufgenommen. In jedem Einzelfall gelten bestimmte Schutzabstände und Nutzungseinschränkungen, die bei den Leitungsträgern zu erfragen und die zu befolgen sind.

L 1: Kanal DN 600 der Wirtschaftsbetriebe Duisburg

Der Kanal liegt auf den Flurstücken 1472, 1253, 1659 und 1660 zwischen Kirchstraße und Bürgermeister-Bongartz-Platz. Die Breite des Schutzstreifens entspricht der Angabe der Wirtschaftsbetriebe Duisburg. Auf dem Schutzstreifen dürfen keine Anlagen errichtet werden. Er darf nicht mit tiefwurzelnden Bäumen oder Sträuchern bepflanzt werden und muss stets zugänglich sein.

Der durch Sport-/Spielanlagen überplante Schacht kann entfallen, sofern für die verbleibenden Schächte neben den Bedingungen für den Schutzstreifen folgende Bedingungen eingehalten werden:

Die Zuwegung muss gewährleistet sein. Straßen und Unterhaltungswege müssen mindesten 4,00 m breit und mit Schwerlastverkehr (SWL 60) befahrbar sein.

Die entsprechenden Schleppkurven für ein dreiachsiges Müllfahrzeug sind einzuhalten und es ist eine Durchfahrts- oder Wendemöglichkeit zu schaffen.

L 2: Mittelspannungs- und Niederspannungs-Kabel der der Netze Duisburg GmbH

Die Kabel liegen auf dem Flurstück 1241 an der Grenze zum Flurstück 1641 (nähe Kirchstraße). Die Schutzanweisung für Versorgungsleitungen und -anlagen im Netzgebiet der Netze Duisburg GmbH und Versorgungsgebiet der Stadtwerke Duisburg AG ist zu beachten.

L 3: Mittelspannungs-Kabel der der Netze Duisburg GmbH

Die Kabel liegen auf dem Flurstück 1253 an der Grenze zu den Flurstücken 1243, 1659 und 1660 (nähe Kirchstraße und Bürgermeister-Bongartz-Platz). Die Schutzanweisung für Versorgungsleitungen und -anlagen im Netzgebiet der Netze Duisburg GmbH und Versorgungsgebiet der Stadtwerke Duisburg AG ist zu beachten.

L 4: Mittelspannungs- und Beleuchtungskabel der der Netze Duisburg GmbH und Glasfaserkabel der Vodafone West GmbH sowie Vodafone Deutschland GmbH

Die Kabel liegen auf dem Flurstück 1660 („Roter Weg“). Die Schutzanweisung für Versorgungsleitungen und -anlagen im Netzgebiet der Netze Duisburg GmbH und Versorgungsgebiet der Stadtwerke Duisburg AG ist zu beachten.

Die Kabelschutzanweisung der Vodafone ist zu beachten.

L 5: Beleuchtungskabel der der Netze Duisburg GmbH, Telekommunikationslinie der Telekom Deutschland GmbH und Glasfaserkabel der Vodafone West GmbH sowie Vodafone Deutschland GmbH

Die Kabel bzw. die Linie liegen direkt östlich des Kanals/L 1. Die Schutzanweisung für Versorgungsleitungen und -anlagen im Netzgebiet der Netze Duisburg GmbH und Versorgungsgebiet der Stadtwerke Duisburg AG ist zu beachten.

Der Bestand und Betrieb der vorhandenen Telekommunikationslinie muss gewährleistet bleiben. Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das „Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 2013 (siehe insbesondere Abschnitt 6) zu beachten. Eine Überbauung der Telekommunikationslinie darf nicht erfolgen.

Die Kabelschutzanweisung der Vodafone ist zu beachten.

L 6: Telekommunikationslinie der Telekom Deutschland GmbH

Die Linie liegt in der Nähe des Bürgermeister-Bongartz-Platzes. Der Bestand und Betrieb der vorhandenen Telekommunikationslinie muss gewährleistet bleiben. Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das „Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 2013 (siehe insbesondere Abschnitt 6) zu beachten. Eine Überbauung der Telekommunikationslinie darf nicht erfolgen.

L 7: Telekommunikationslinie der Telekom Deutschland GmbH

Die Linie quert in Nord-Süd-Richtung das Plangebiet. Der Bestand und Betrieb der vorhandenen Telekommunikationslinie muss gewährleistet bleiben. Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das

„Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 2013; siehe insbesondere Abschnitt 6, zu beachten. Eine Überbauung der Telekommunikationsline darf nicht erfolgen.

L 8: Fernwärmeleitungen der Stadtwerke Dinslaken GmbH/Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH

Die Leitungen liegen im Nordwesten des Plangebietes auf den Flurstücken 1472, 1244 und 1254, abzweigend von der Kirchstraße. Eine Überdeckung von 1,00 m ist einzuhalten.

9 Bodenordnende Maßnahmen

Bodenordnende Maßnahmen sind nicht erforderlich.

10 Flächenbilanz

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 1285 mit 5,1 ha Größe wird auf 4,7 ha als Öffentliche Grünflächen und auf 0,4 ha als Wald festgesetzt. Der zurzeit rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 23 setzt demgegenüber rund 4,53 ha als Reines Wohngebiet und rund 0,57 ha als Verkehrsfläche fest.

11 Kosten

Für den ersten Bauabschnitt wurden ca. 3 Mio Euro über die Städtebauförderung beantragt. Der Bewilligungsbescheid liegt seit Sommer 2022 vor.

Für den zweiten Bauabschnitt wurden ca. 3,3 Mio Euro über das Bundesprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ beantragt. Der Bewilligungsbescheid liegt seit November 2022 vor.

Für den dritten Bauabschnitt wurden ca. 1,4 Mio Euro, auch über das Bundesprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“, beantragt. Die Bewilligung erfolgte im April 2024.

Die Förderquote beträgt bei der Städtebauförderung 80 %, beim Bundesprogramm 90 % für den zweiten Bauabschnitt und 85 % für den dritten Bauabschnitt.

12 Gutachten und Untersuchungen

Folgende Untersuchungen liegen vor:

- Artenschutzprüfung Stufe I, Environment Planungsgemeinschaft Stadt und Umwelt, Dinslaken, 05.07.2022
- Parkraumerhebung Homberg Hochheide, PTV Transport Consult GmbH, Düsseldorf/München, 11.01.2022
- Schalltechnische Untersuchung, Nachweisführung nach Freizeitlärmrichtlinie, grasy + zanolli, Bergisch Gladbach, 29.08.2023
- Orientierende Gefährdungsabschätzung, Stadtpark Duisburg-Hochheide, HYDR.O. Geologen und Ingenieure, Aachen, 29.10.2024
- Bodenmanagementkonzept Stadtpark Duisburg-Hochheide, HYDR.O. Geologen und Ingenieure, Aachen, 03.12.2024

13 Darstellung des Bauleitplanverfahrens

Verfahrensschritt	Zeitraum bzw. Datum	Drucksache
§ 3 Abs. 1 BauGB, frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und § 23 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen, Unterrichtung	27.06.2022 - 05.08.2022	---
Äußerungen: keine		
§ 4 Abs. 1 BauGB, frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	27.06.2022 - 05.08.2022	---

Stellungnahmen u.a. zu folgenden Themen:

- Vorliegen eines Stadtklimas, von Wärmeinseln und eingeschränktem Luftaustausch
- Vorbelastung der Luft gegeben, aber nicht mit gesundheitsschädlichen Werten
- Vorliegen von Wald im Sinne des Gesetzes in südlicher Teilfläche
- Empfehlung klimaangepasster Grünstrukturen und großkroniger Bäume
- Sicherung des Baumbestandes und Pflanzung von Arten mitteleuropäischer Verbreitung
- Vorbeugung gegen Starkregen, Planung von Retentionsflächen
- Versickerung des Niederschlagswassers anzustreben
- Hochwasserrisiko gering
- Keine Altstandorte oder Altablagerungen bekannt, jedoch siedlungsbedingt erhöhte Schadstoffgehalte des Bodens möglich
- Gutachten nach Freizeitlärm-Erlass zu geplanten Freizeitanlagen erforderlich
- Beachtung des Verkehrslärms an der Kirchstraße
- Neuverkehr nach Verkehrsarten und Parkmöglichkeiten zu untersuchen
- Verbesserungen für Fußverkehr und Radabstellmöglichkeiten untersuchen
- Beachtung von Wegen für Versorgungs- und Rettungsfahrzeuge sowie von Parkmöglichkeiten für Handwerker
- Sicherung eines vorhandenen Kanals, von Telekommunikationslinien sowie von Strom- und Beleuchtungskabeln
- Kritik an fehlender Möglichkeit für Open Air-Veranstaltung
- Wohngebiet für Familien sinnvoller als Stadtpark, Befürchtung von Drogenkonsum

§ 4 Abs. 2 BauGB, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

24.04.2023 –
02.06.2023

Stellungnahmen u.a. zu folgenden Themen:

- Aufstellung einer Bilanz zu Flächen bzw. zur Flächenversiegelung
- Konkretisierung und Vervollständigung des Schallgutachtens in Bezug zu den vorgesehenen Freizeitanlagen, Prüfung der schalltechnischen Ansätze
- Wahl aktueller und nicht zu konservativer Ansätze im Schallgutachten, Plausibilität herstellen
- Bessere Nachvollziehbarkeit der Emissionsansätze und der Ausbreitungsrechnung zum Schall
- Berechnung nach der Sportanlagenlärmschutzverordnung empfehlenswert
- Gebietseinstufung der Umgebung als Reines Wohngebiet zu überprüfen
- Beurteilung des Wäldchens als Wald mit Landesbetrieb Wald und Holz zu klären
- Artenschutzrechtliche Bedingungen bei Beseitigung von Gehölzen und Rodungen, insbesondere hinsichtlich von Fledermäusen und Höhlenbäumen, vorgeschriebene Maßnahmen hierzu
- Erhöhte Schadstoffgehalte im Boden aufgrund von Staubdeposition möglich, Oberbodenuntersuchung und Bodenmanagementkonzept empfehlenswert
- Umfang von Neupflanzungen von Bäumen zweifelhaft, Rodungen zu befürchten
- Fehlen detaillierter Planung für die Parkanlage, Befürchtung zunehmender Versiegelung
- Verdichtung womöglich höher als vorher, Widerspruch zum Biotopverbundkonzept
- Forderung nach Erhaltungsfestsetzung vorhandener Bäume, keine Fällung von Höhlenbäumen, Ausschluss einer Nachversiegelung
- Lage eines renovierungsbedürftigen Kanals, Anforderungen an Schutzstreifen und Erreichbarkeit für Wartungsarbeiten, Umgang mit vorhandenen Schächten
- Sicherung der Trasse für einen Kanal, Vorgaben zu Überbauung und Bepflanzung
- Möglichst Versickerung, Verrieselung oder ortsnahe Einleitung von Niederschlagswasser
- Berücksichtigung möglicher Überflutungen, Starkregen und Rückstauenebene
- Vorhandensein von Wald im Sinne des Gesetzes, keine forstrechtlichen Bedenken, Waldfunktionen müssen erhalten bleiben, Bedingungen für Nutzungen im Wald, Haftungspflichten
- Aufgehobene Fluchtlinienpläne
- Steigende Bedeutung des ÖPNV, Berücksichtigung bei der Verkehrsmittelwahl
- Lage von Stromleitungen und Kommunikationslinien
- Berücksichtigung von Kunden- und Lieferverkehr von Handwerksbetrieben
- Berücksichtigung von Aspekten der Kriminalprävention

§ 3 Abs. 2 BauGB, Veröffentlichung	02.01.2024 – 07.02.2024	DS 23-1049
<p>Stellungnahmen u.a. zu folgenden Themen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Keine Bedenken aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege, sofern die aufgeführten Maßnahmen beachtet und umgesetzt werden - Versorgungsleitungen für Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten frei zugänglich zu halten - Vorhandensein von Glasfaserkabeln - Bodendenkmalschutz durch Hinweis ausreichend gewürdigt - Darstellung der Umweltbelange zu überarbeiten, z.B. zur klimatischen Situation, Vorbelastungswerten für Luftschadstoffen - Prüfung, inwieweit eine Parkanlage mit Sport- und Freizeitanlagen in Einklang zu bringen ist. Einheitliches Parkkonzept für sachgerechte umweltfachliche Beurteilung darstellen - Berücksichtigung der Geräuschemissionen von Sport- und Freizeitanlagen als summativ Gesamtbelastung durch menschliche Äußerungen - Konkretisierung und Verortung der Sport- und Freizeitanlagen. Bei undefinierter Lage der Einzelanlagen ansonsten von flächenhafter Quelle für Sport- und Freizeitlärm auszugehen - Gesamtbetrachtung der Schalleinwirkungen nicht auf Ebene von Baugenehmigungsverfahren - Emissionskontingentierung im Sinne des Immissionsschutzrechts zweckmäßig - Anwendung der Sportanlagenlärmschutzverordnung statt der Freizeitlärmrichtlinie in Hinblick auf das Streetball-Feld und den Pumptrack 		
§ 10 Abs. 1 BauGB, Satzungsbeschluss	vsl. Frühjahr 2025	DS 25-0043
§ 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB, Berichtigung des Flächennutzungsplans	vsl. Sommer 2025	

Nach Auswertung der im Rahmen der Beteiligungen vorgebrachten Stellungnahmen erfolgten diese Anpassungen:

- Einschätzung der absehbaren Freizeitsportanlagen in der schalltechnischen Untersuchung
- Betrachtung der immissionstechnisch maßgeblichen Freizeitsportanlagen gemäß aktueller Entwurfsplanung in der schalltechnischen Untersuchung sowohl nach Freizeitlärm-Erlass als auch nach Sportanlagenlärmschutzverordnung
- Ergänzung der Einschätzung der Auswirkungen durch Verkehr, u.a. Berücksichtigung einer zunehmenden Rolle des öffentlichen Nahverkehrs
- Präzisierung der geringeren Versiegelung im Vergleich zum bisherigen Wohngebiet
- Konkretisierung der Hinweise zum Artenschutz
- Aktualisierung der Aussagen zum Klimaschutzkonzept und zu Vorbelastungswerten
- Erläuterung, dass Oberbodenuntersuchungen keine relevanten Schadstoffgehalte, selbst für die sensibelste Nutzung als Kinderspielfläche, ergeben haben. Hinweis auf mögliche schädliche Bodenveränderung nicht erforderlich
- Aufnahme eines Hinweises zur Verwendung des Bodenmanagementkonzepts
- Hinweis auf die Allee entlang des „Roten Weges“
- Ergänzung der textlichen Hinweise zu Versorgungsleitungen (Kanäle, Telekommunikations- und Stromleitungen)

Die Planzeichnung und die Begründung wurden redaktionell überarbeitet und aktualisiert. Änderungen von Festsetzungen erfolgten nicht.